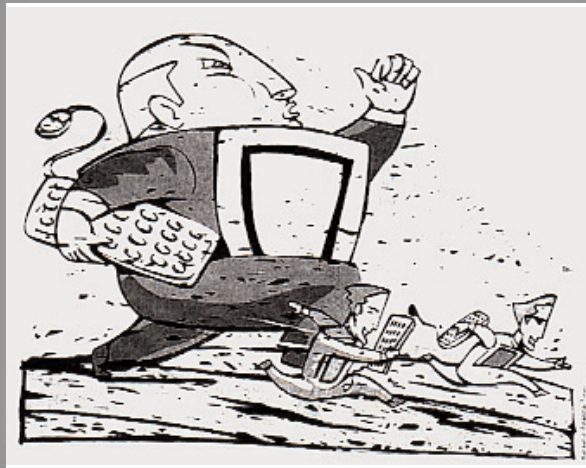


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Der Rinderwahn und die Politik



S. 3



Der Streit um das Tschechische Fernsehen – ein öffentlicher Machtkampf

S. 5

Von Aktionen gegen Nazi- Anschläge und Auftritte



S. 12

Eine Fortsetzung der Diskussion um die neuen Arbeitszeitmodelle

S. 15

„Deutsche Vergangenheitsbewältigung, 3. Akt“ – Gesichtspunkte zur Debatte

S. 20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

KEIN ZUWANDERUNGSGESETZ. Als „nicht nötig“ bezeichnete der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ein Zuwanderungsgesetz. Auch der Grüne-Innenpolitiker Cem Özdemir äußerte sich entsprechend. Man könne das alles „flexibel“ durch Verordnungen und Verwaltungsvorschriften machen. Auch wenn die Begründung ist, damit vermeide man eine Auseinandersetzung mit CDU und CSU in den bevorstehenden Wahlkämpfen, die von der Union demagogisch betrieben werde, bleibt als Fakt: Innenminister Otto Schily hat, wie bereits bei der Greencard-Regelung praktiziert, ohne parlamentarische Diskussion freie Hand im „deutschen Interesse“ zu verfahren. Den Grünen ist's recht, denn sie müssten sonst für eine deutliche Verbesserung der Ausländerpolitik kämpfen.

STANDORTKONKURRENZ. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich auf Grundsätze für einen neuen Finanzausgleich geeinigt. Bis zum April sollen die Finanzministerien der Länder aus den beschlossenen Leitlinien konkrete Einzelregelungen entwickeln. Soweit ersichtlich, soll die Standortkonkurrenz zwischen den Ländern etwas verschärft werden, das entsprechende Stichwort im Ergebnisprotokoll lautet: „Die Neuregelung des Finanzausgleichs soll gegenüber dem geltenden Recht eine stärkere Anreizorientierung verwirklichen, die einen höheren Selbstbehalt in den Ländern als bisher gewährleistet.“ Die Länder mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und NRW) sollen künftig weniger in den Ausgleich einzahlen; die östlichen Bundesländer sollen nicht schlechter gestellt werden (wobei hier angedeutet wird, dass der Bund mehr zahlen soll), die Stadtstaaten sollen angeblich auch nicht viel schlechter fahren, blieben als Hauptbetroffene vor allem Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Damit der Systemwechsel nicht zu drastischen Einbrüchen bei den betroffenen Ländern führt, soll die Besser- bzw. Schlechterstellung zunächst auf 12 Mark pro Einwohner im Umstellungsjahr beschränkt werden.

ZENTRALISIERUNG. Der Chef der Deutschen Bank war begeistert, Eichel sei der beste Finanzminister, den die Bundesrepublik Deutschland je hatte. Das dicke Lob gab's wegen der Reformpläne für die Bundesbank und die Bankenaufsicht. Nachdem sich die Kompetenzen der Bundesbank mit der Euroeinführung in Richtung Einflussnahme auf die Europäische Zentralbank verschoben haben, will Finanzminister Eichel die Bundesländer aus der Bundesbank heraushaben. Bisher sind die neun Präsidenten der Landeszentralbanken Mitglied des Zentralbankrates. Dieses Di-

rektorium soll durch einen sechsköpfigen Vorstand ersetzt werden. Gleichzeitig will Eichel eine neue Finanzmarktaufsicht schaffen, die die bisher getrennt existierenden Aufsichtsbehörden für Kreditwesen, Versicherungen und für Wertpapierhandel ablöst. Diese Zentralisierung verringert vor allem den Einfluss von Sparkassen und ähnlichen Kreditinstituten, die eher noch der regionalen Wirtschaft verbunden sind. Gestärkt werden die sogenannten Global Player, die ihre Geschäfte mindestens europaweit betreiben. Man versteht die Freude bei der Großbank.

LAUSCHEN ERLEICHTERT. Das Bundeskabinett hat am 24. Januar einen Gesetzentwurf beschlossen, der Abhöraktionen von Verfassungsschutz und der anderen Geheimdienste an die technische Entwicklung anpassen soll (das Verfassungsgericht hatte das beanstandet). Die Gelegenheit nutzte Schily, um auch noch den Katalog auszuweiten, wann die Geheimdienste tätig werden dürfen. Neu auch bei Geiselnahmen im Ausland, Mord und Totschlag, Geiselnahmen, Sprengstoffexplosionen, die sich gegen die fdGo richten; damit sei jetzt auch die Beobachtung von Einzelpersonen möglich und nicht nur von sog. terroristischen Vereinigungen. Auch die Volksverhetzung wurde aufgenommen. Die Grünen in Fraktion und im Kabinett stimmten auch zu, da einige Datenschutzbestimmungen ebenfalls geändert wurden (Löschung nicht mehr benötigter Daten).

IMMER NOCH KEINE ZAHLUNG. Sogar der innenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, regte sich auf: „Denen fällt auch immer was Neues ein, wären nicht die Berufungsfälle, gäbe es bestimmt ein anderes Argument.“ Mit denen sind jene großen Firmen gemeint, die immer noch nicht in den Zwangsarbeiterfonds einzahlen und die immer noch die Freigabe der Gelder blockieren. Hatten sie bisher argumentiert, gezahlt wird, wenn der letzte Fall vor US-Gerichten erledigt ist (das dürfte dieser Tage der Fall sein), kam nun der Einwand, man müsse noch abwarten, ob nicht Berufungen stattfinden. Auch sonst Unerfreuliches aus dem Kuratorium der Stiftung: für den Posten des sog. Zukunftsfonds bewirbt sich Lothar Ulsamer vom Daimler-Chrysler-Konzern. Er war 1988 und 1991 Autor bei der NPD-nahen Zeitschrift *Europa*.

NPD-VERBOT. Diese Woche wird die Bundesregierung ihren Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Die Staatssekretärin im Innenministerium Cornelia Sonntag-Wolgast meint, das Material sei so überzeugend, dass das Gericht dem Antrag folgen werde. Auch Bundesrat und Bundestag werden ihre Anträge dann einreichen.

Eine neue Agrarpolitik ist notwendig

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte veröffentlichten wir eine Chronik der BSE-Krise, die die Unterschätzung, Täuschungs- und Vertuschungsmanöver von z.T. direkt kriminellen Ausmaßen deutlich machte. In dieser und der nächsten Ausgabe wollen wir PDS-Positionen zu den Ursachen der Krise und notwendigen politischen Konsequenzen veröffentlichen. In Kürze erscheint ein von Dr. Sabine Voigt für die Bundestagsfraktion der PDS zusammengestellter, materialreicher Reader („BSE – Rinder- oder Menschenwahn? Seuche oder Pharma-Unfall?“), aus dem wir unter verschiedenen Gesichtspunkten Teile entnommen, leicht bearbeitet und zusammengestellt haben. scc

Die Zahl der BSE-Fälle in Europa steigt weiter. Bisher wurden mehr als 181.900 Fälle registriert. Allein in Großbritannien wurden 180.500 Rinder (Stand Januar 2001; kumulativ) mit BSE-Befund registriert. 3,8 Millionen alter englischer Kühe wurden verbrannt. Hochrisikoländer sind Großbritannien mit 500 Fällen auf 1 Mio. Rinder 1999, Portugal mit 188 BSE-Fällen je 1 Mio. Rinder. In Irland und Frankreich liegt der Wert unter 100 Fälle je 1 Mio. Rinder.

Bisher sind 19 zweifelsfreie BSE-Fälle in Deutschland bekannt (Stand 25.1.2001). Doch dabei wird es nicht bleiben. Wöchentlich kommen neue Fälle hinzu. Nicht nur liegt der Verdacht nahe, sondern es lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass längst BSE-

Kühe in die Nahrungskette gelangt sind. Für Deutschland werden in diesem Jahr zwischen 200 und 500 BSE-Fälle erwartet (Aussagen der Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach). Das entspricht einem Seuchenstatus größeren Ausmaßes. BSE ist aber keine Seuche, da die Krankheit nicht – wie sonst bei Seuchen – lokal oder regional zu verorten und höchstwahrscheinlich nicht horizontal durch Infektion von Tier zu Tier übertragbar ist.

Ursachen der Krise

BSE zeigt, wie stark sich in einer Gesellschaft, in der der Profit regiert, die Menschheit von der Natur entfremdet hat. Das vollendete profitabelste Verwerten von Abfällen steht dahinter. Das Trimmen auf widernatürliche Leistung, Wachstum und Reproduktion schafft Überproduktion und Überkonsum.

Die Landwirtschaft Europas produziert heute weit mehr, als sie absetzen kann. Was einmal mit Fortschritten zu Arbeitserleichterung und Spezialisierung begann, wurde zunehmend den Markt- und Profitzwängen geopfert. Kälber werden mit fremden Tierfetten statt mit Milch aufgezogen, Pflanzenerfresser mit Tiermehl gefüttert, Hormone und Antibiotika eingesetzt, ohne die Geflügel, Schweine und Rinder auch Eier, Kotelett und Milch produzieren können, und schließlich werden noch das letzte Zipfelchen vom Knochen, Knorpel und Fettgewebe in die Wurstpelle gedrückt.

Wo ist das Verursacherprinzip anzusetzen?

Gesucht werden Schuldige und eingeschlagen wird vor allem auf die agrarindustrielle Großproduktion. Der Begriff „industrielle Landwirtschaft“ oder „Agrarindustrie“ wird oft negativ gebraucht, und es sehen sich gerade die Bauern im Osten der BRD, wo große Betriebe und Agrargenossenschaften gang und gäbe sind, regelrecht stigmatisiert. Aber, die letzten Wochen haben es gezeigt, BSE ist keine Frage großer oder kleiner Betriebe. Auch kleinere Familienbetriebe wie in Bayern wurden Opfer von BSE. Tatsächlich ist heute jeder Bauernhof spezialisiert und im Rahmen seiner Möglichkeiten rationalisiert. Tatsächlich zählt zur Agrarindustrie der gesamte Komplex des Vorleistungs- (vom Maschinenbau über Agrochemie bis hin zu Mischfuttermittelkonzernen) und des Nachleistungsbereiches der Landwirtschaft (Rohwarenhandel, Lagerung, Lebensmittelverarbeitende Industrie).

Eines ist jedoch klar: Wir haben es hier keineswegs nur mit einem landwirtschaftlichen oder wirtschaftlichen Problem der Futtermittel- oder Lebensmittelherstellung zu tun, sondern mit einem zutiefst gesellschaftlichen Problem. Dazu gehört, dass der liberalisierte Markt die Bauern zwingt, ständig billiger zu produzieren, um zu überleben. Ein entscheidender Punkt hinsichtlich der Ausweitung von BSE ist etwa, dass immer weniger Futter, insbesondere Eiweißfutter, aus eigenem betrieblichen oder regionalen Aufkommen in der Viehhaltung zur Anwendung kommt. Das ist aber nicht ursächlich von den Bauern so gewollt und zu verantworten. Um den bestehenden irrsinnigen Leistungsdruck aushalten zu können, dem die Bauern „dank“ der Globalisierung unterworfen werden, sind sie auf hochkonzentrierte und vor allem billige Eiweißfuttermittel angewiesen. Dass sie hier nicht ausbrechen können, dafür sorgen die profitträchtigen, national wie auch international agierenden Unternehmen, die den Futter- und Lebensmittelhandel fest unter Kontrolle haben. Sie sind es, die den enormen Intensivierungsdruck in den Ställen, aber auch auf den Feldern geradezu umweltgefährdend forcieren.

Letztendlich sitzen die Verantwortlichen in den Führungsetagen von Futtermittelkonzernen, von Handelsketten, auch der Agrarlobby (CMA, Centrale Marketinggesellschaft; DBV, Deutscher Bauernverband) und nicht zuletzt in



Die PDS forderte im Dezember ein Soforthilfsprogramm: Die durch die BSE-Krise geschädigten Kommunen sollen bei der Beseitigung von Schlachtabfällen und Kadavern über die geltenden Regelungen hinaus unterstützt werden, die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe finanzielle Hilfe durch einen Nothilfefonds erhalten. Bisher wurde der PDS-Antrag nicht verhandelt.

der Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik selbst.

Betroffen sind alle Bauern – kleine wie große –, Milchproduzenten, Rindermäster und Rinderzüchter gleichermaßen, denn sie alle beziehen ihre Kraft- und Mischfuttermittel von Konzernen des agrarindustriellen Vorleistungsbereiches. Bauernhöfe und landwirtschaftliche Betriebe sind auch alle an die Preisdiktate von Verarbeitungsindustrie und Handelsketten gebunden und dem Kapitalverwertungsprinzip unterworfen. Deshalb geht es nicht an, dass die Bauern die Suppe alleine auslöffeln.

Vorsorgender Verbraucher- und Gesundheitsschutz!

BSE ist nicht kontrollierbar. Kühe sind erkrankt, die kein Tiermehl gefressen hatten. Der maternale Übertragungsweg ist nicht erwiesen, steht aber unter Verdacht. Jetzt zweifelt man an Milchaustauschern mit Tierfetten. Die Testes decken nur einen minimalen Teil der Schlachtungen ab. Immer wieder gibt es bei intensiven Zollkontrollen illegale Importe über Drittländer. Etikettenschwindel und illegale Beimischungen bei Fleisch, Wurst und Futtermittel sind an der Tagesordnung. Übertragungen und Rückübertragungen auf andere Tiere (Schafe, Katzen) sind realistisch. Kürzlich wurden in Spanien in einer Grube 300 illegal getötete Rinder entdeckt ... Wen wundert's? Kontrollen werden weder flächendeckend noch branchendeckend durchgeführt – alles eine Frage von Kosten und teuren Kapazitäten.

us der langen Skandalgeschichte der BSE-Krise wird deutlich, wie wichtig die politische Anerkennung des Vorsorgeprinzips bezüglich des Schutzes des Verbrauchers und seiner Gesundheit wäre. Dies würde bedeuten, dass immer so gehandelt werden muss, dass bei einer Annäherung zur Abwehr gesundheitlicher Risiken für die Bevölkerung der schlimmste mögliche Fall angenommen werden muss: hier die Abwehr der neuen Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (nCJK), zumindest solange, bis Verdachtsmomente, Risiken und Gefährdungen abgeschätzt, eingegrenzt und ausgeschaltet sind. Natürlich ist in der Lebensmittelproduktion keine 100%ige Sicherheit vorhersagbar, und natürlich lässt sich ein Risiko niemals ausschließen. Jedoch solange man das Risiko für die weitere Ausbreitung von BSE und der auf den Menschen übertragbaren Krankheit nicht kennt und eine Risikoabschätzung nicht vorgenommen werden kann, sind drastische Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Es stellt sich deshalb die Frage, wie bei all den Unwägbarkeiten und wissenschaftlichen Ungenauigkeiten der BSE-Erreger tatsächlich ausgemerzt werden kann, wenn Risikoherden und Risikomaterial (Innereien, Tiermehl, Düngemittel) nicht aus der Nahrungskette bzw. aus dem Reproduktionskreislauf herausgenommen werden.

Rentenreform

Nächste Runde eingeläutet

Am Freitag, den 26. Januar hat der Bundestag in erster Lesung mit der Mehrheit von Rot-grün bei Gegenstimmen der Unionsparteien, der FDP, der PDS und einiger weniger Abgeordneten von SPD und B90/Grüne den Gesetzentwurf für eine Rentenreform verabschiedet. Wesentliche Punkte, über die wir schon mehrfach berichtet haben:

Das Rentenniveau wird auf einen schon nicht mehr absehbaren Zeitraum von 30 Jahren auf 67% des Nettolohnniveaus festgeschrieben. Diese Zahl ist in gewisser Hinsicht eine Hausnummer, denn niemand weiß, wie hoch das Nettolohnniveau in 30 Jahren sein wird, niemand weiß, wie hoch z.B. die Mietausgaben im Verhältnis zum Einkommen liegen werden, kurz der Lebensstandard im Bereich von einer Generation weiter, lässt sich einfach nicht abschätzen.

Die Botschaft, die aber von der Politik mit dieser Zahl für die Lebensplanung der heute aktiv in Lohn-/Gehaltsverhältnissen stehenden Bevölkerung übermittelt wird: auch in Zukunft wird es eine gesetzliche Rentenversicherung geben, sie wird aber wahrscheinlich im Verhältnis zum üblichen Lohneinkommen nicht mehr so hoch sein.

Die Betrugsvorwürfe treffen nicht

Die Erregung der Union, dass das alles ein Betrug sei, kommt nicht so richtig rüber (sonst wäre das mit dem Plakat über Schröder als Kriminellen angekommen), weil sie selber so was ähnliches geplant hatte, als sie noch regierte und vor allem, weil es vielen irgendwie klar ist, dass es wahrscheinlich nicht anders geht, außer das ganze System der Alterssicherung wird völlig umgeändert, was aber außer vielleicht der PDS niemand will.

Entsprechend dann die zweite Botschaft der Rentenreform: Jeder sollte künftig selber was auf die Seite legen, soweit er das nicht sowieso tut. Dafür gibt's verschiedene Anreize:

Materielle Anreize

Das eine sind die steuerlichen Zuschüsse zur privaten Altersvorsorge. Der Einwand, dass auch hier Betrug vorliegt, zieht ebenfalls nicht richtig. Zwar stimmt's, dass der Beitragsatz für einen Arbeitnehmer dann nicht unter den im Reformgesetz genannten maximal 22% liegt, wenn man die private Vorsorge mit maximal 4% dazurechnet. Es macht aber doch einen Unterschied, ob man einen solchen Betrag nur als Abzugsziffer auf dem Lohn-/Gehaltszettel sieht oder ob man das Geld erst mal auf dem Konto hat und sich dann entscheiden kann, wofür man's aufwendet.

Weiter steigt derzeit das verfügbare Einkommen gerade bei Wenig- und Nor-

malverdienern wegen der Steuerreform merkbar. 40 bis 50 Mark mehr im Monat, die ab dem Januargehalt da sind, das ist in etwa der Betrag, der für eine zusätzliche Altersversorgung nach dem Riestergesetz in diesen Einkommensbereichen anzulegen wäre.

Eine Maßnahme, die ebenfalls Druck, machen wird, private Vorsorge zu treiben: Die Rentenversicherung ist künftig verpflichtet, jedem Versicherten, der älter als 27 Jahre ist, jährlich eine Mitteilung über seine Versicherungsansprüche zukommen zu lassen.

Anpassungen an üblich gewordene Lebensplanungen

Der dritte Betrugsvorwurf von Seiten der Union, Benachteiligung der Frauen (wobei auf das aus den sechziger, siebziger Jahren stammende Bild der weiblichen Altersarmut reflektiert wird). Auch das haut nicht hin. Die Union hat hier ein enormes Problem. Eine offene Propaganda für die Förderung der Hausfrauenehe kann sie nicht machen, das würde einer Frau Dr. rer.nat. Angela Merkel auch gar nicht abgenommen. Das Frauenbild, das hinter der rot-grünen Rentenreform steht, entspricht einfach den heutigen Realitäten. Es gibt Übergangsregelungen, so dass für alle Frauen, die heute 40 und älter sind, Hinterbliebenenrenten usw. in etwa so bleiben wie sie sind. Verbesserungen gibt's bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Die Argumentation von rot-grün ist in etwa: Langfristig (in den berühmten dreißig Jahren) wird die lebenslange Erwerbsarbeit von Frauen normal sein; Unterbrechungen, Teilzeitarbeit oder Karriereknicks während der Kindererziehung werden mit Zuschlägen berücksichtigt. Neue Modelle zur Teilung von Rentenanwartschaften zwischen Ehepartnern, wie sie bei einer Scheidung wichtig werden, sollen möglich werden. Die bei der heutigen Generation im Rentenalter noch häufig übliche Absicherung der Frau durch Rentenansprüche des Mannes soll dann nur noch eine geringe Rolle spielen.

In der Bundestagsdebatte, die wir aus Platzgründen nicht dokumentieren können, wurde das Szenario künftiger Lebensplanungen von SPD und Grünen-Abgeordneten weiter ausgemalt: So bräuhete man künftig mehr Ganztagschulen, dann würde das Problem von Geringverdienerinnen wegen Kindererziehung auch noch mal weniger werden, die Ausbildung bis zum Abitur könnte dann in einem solchen Fall auf zwölf Jahre verkürzt werden und die Rentenversicherungen hätten von dieser Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch was. Die Union sah daher in der Kritik an der rot-grünen Rentenreform einfach alt aus.

Intervention der Wohnungswirtschaft

Von anderer, handfesterer Art, war die Kritik der FDP. Irmgard Schwätzer focht für die Interessen der Wohnungswirtschaft. Das Gesetz von Riester sieht Wohneigentum nicht als zuschusswürdige Form der Altersvorsorge an, bzw. die Bedingungen, die an die private steuergeförderte Altersvorsorge gestellt werden, schließen das bisher aus. Als größtes Hindernis erweist sich die Forderung, dass eine monatliche Rente fließen muss, was bei Wohneigentum nur möglich wäre, wenn es gegen eine Leibrente abgetreten wird – vielleicht gäb's unter den Haushalten ohne Nachkommen, an die vererbt werden kann, einen Personenkreis der das machen will, aber die Wohnungswirtschaft hat über Frau Schwätzer mitgeteilt, dass sie ein solches Modell auch aus anderen Gründen nicht will (Schwierigkeiten der Vermarktung usw.).

Also bleibt hier das Vermittlungsverfahren über den Bundesrat. Da dieser Teil des Gesetzes die Zustimmung der Bundesländer braucht, ist hier eine Einflussnahme im Sinne der FDP (im Moment noch in den Regierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vertreten) zu erwarten, schon wegen der Landtagswahlen in diesen beiden Ländern im März. Inzwischen hat eine Mehrheit von Bundesländern bereits erklärt haben, dass sie dem Rentenreformgesetz nicht in dieser Form zustimmen wird, eine Fortsetzung dieser Diskussion steht also ins Haus.

Große unsoziale Lücken

Nun soll hier nicht ein Loblied auf die rot-grüne Rentenreform gesungen werden. Zwar ist eine Modernisierung erkennbar, dadurch dass die Alterssicherung an die geänderten Lebensentwürfe

und Lebensentwicklungen angepasst wird. Sehr traditionell, bleibt aber die Regierung bei denen, die nicht diese „Normallebensläufe“ durchlaufen haben oder durchlaufen konnten.

Auch wenn in den rot-grünen Rentenreform-Reden öfters von der bedarfsabhängigen sozialen Grundsicherung gesprochen wird: Im Rentenreformgesetz kommt das nicht einmal als Wort vor. Was mit der Phrase gemeint ist, sind kleine nicht weitreichende Änderungen: Sozialhilfeanträge können auch über die Rentenversicherung gestellt werden, diese klärt darüber auf, dass es solche Ansprüche gibt und, das ist die einzige Verbesserung, der Rückgriff auf die Kinder für Unterhaltszahlungen entfällt.

Dass Altersarmut aufgrund gebrochener oder zerbrochener Erwerbsbiografien bei der Sozialhilfe landet, daran hat sich aber nichts geändert. *alk*

Wenige Wochen, nachdem die tschechische Regierungspartei CSSD und ihre loyale Opposition ODS bei den Senatswahlen massiv verloren haben und die noch rechtliche Viererkoalition im Senat an die erste Stelle gerückt ist, brach der Kampf um das Tschechische Fernsehen los, über das auch in den deutschen Medien ungewohnt ausführlich berichtet wurde. Der Versuch der ODS, einen willfährigen Fernsehdirektor zu installieren, ist gescheitert, der Versuch der Viererkoalition, unter dem Banner der „Unabhängigkeit der Medien“ ihren eigenen Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Medien und die öffentliche Meinung zu stärken, ist noch im Gange. Der am 20. Dezember vom damaligen Fernsehrat berufene, ODS-nahe Fernsehdirektor Jiri Hodac ist „aus gesundheitlichen Gründen“ zurückgetreten, der Fernsehrat am 12. Januar wegen Missachtung des Parlaments abberufen, ein neues Me-

diengesetz vom Abgeordnetenhaus am selben Tage verabschiedet worden. Danach soll der Fernsehrat künftig 15 Mitglieder haben, die von „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ nominiert und vom Abgeordnetenhaus berufen werden. Der Senat hat das Gesetz am 17. Januar abgelehnt und an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen, weil er selbst bei der Berufung der Fernsehräte dabei sein will. Die revoltierenden Fernsehjournalisten halten weiterhin die Nachrichtenredaktion besetzt und haben mittlerweile die Besetzung auf die Senderleitung ausgedehnt und den im Dezember vom Fernsehrat abgesetzten CT-Finanzdirektor Ladislav Paluska zum TV-Chef ausgerufen. Zigttausende von tschechischen Bürgern sind in den letzten Wochen auf die Straßen gegangen, aufgerufen von der Bürgerinitiative „Das Tschechische Fernsehen – eine öffentliche Angelegenheit“. Die meisten von ihnen haben für die Un-

abhängigkeit der Medien demonstriert, nicht für die Stärkung des Einflusses der Viererkoalition auf die Medien. Könnte sein, dass der Viererkoalition der Stein, den sie aufgehoben hat, irgendwann einmal auf die eigenen Füße fällt. *R.H.*

In den Deutsch-Tschechischen Nachrichten, Ausgabe Nr. 25 / Januar 2001, der die hier veröffentlichten Texte entnommen sind, gibt es darüberhinaus noch einen Artikel von Ken Biggs, in dem der Herausgeber von Postmark Prague die politischen Konstellationen näher erläutert, sowie eine Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses des ZK der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM), aus der die – skeptische – Haltung der linken Opposition zu den Vorgängen beim Tschechischen Fernsehen hervorgeht.

Die Deutsch-Tschechischen Nachrichten können über GNN Verlag Süd, Stubai Str. 2, 70327 Stuttgart, bezogen werden.

Tschechische Republik

Der Streit um das Tschechische Fernsehen – ein öffentlicher Machtkampf

1997: Premier Václav Klaus (Demokratische Bürgerpartei, ODS) gerät wegen einer Parteispendenaffäre in Bedrängnis. Sein Rivale Jan Ruml versucht, die Führung der ODS zu übernehmen. Als das misslingt, gründet Ruml mit Gesinnungsgenossen eine eigene Partei rechts von der ODS, die „Freiheitsunion“ (US). Klaus muss zurücktreten, eine Übergangsregierung bereitet Neuwahlen vor.

1998: Nach den Wahlen bilden die Sozialdemokraten (CSSD, 32,3% der Stimmen) eine Minderheitsregierung. Mit der gestürzten ODS (27,7%) unterzeichnen sie ein Tolerierungsabkommen. Die US erringt 8,6% der Stimmen mit einem

Wahlkampf, in dem sie die frühere Regierung als zu zimperlich bei der Privatisierung und beim Sozialabbau kritisiert. Die Kommunisten (KSCM) bekommen 11%, die Christdemokraten (KDU-CSL) 9%.

1999: In der Bevölkerung wächst die Unzufriedenheit. In den Meinungsumfragen nimmt die Zustimmung zur KSCM zu; Ende des Jahres erreicht diese zeitweise mit rund 24% Platz 1. Von der politischen Rechten wird der Vertrag zwischen CSSD und ODS für alle Übel verantwortlich gemacht. Die vier kleinen rechten Parteien (US, KDU-CSL, Demokratische Bürgerallianz ODA und De-

mokratische Union DU) bilden die sog. Viererkoalition (4K). Im November veröffentlichte Intellektuelle, die bei der „samtenen Revolution“ 1989 eine Rolle gespielt haben (darunter der Journalist und ehemalige Direktor des Tschechischen Rundfunks, Vlastimil Jizek), eine Erklärung „Wir danken euch – tretet zurück!“ Über 200.000 Menschen unterzeichnen die Erklärung. Im Dezember fordern 60.000 Demonstranten auf dem Wenzelsplatz den Rücktritt der Regierung. Eine neue Partei soll gegründet werden, die „Partei des bürgerlichen Anstands“ (abgekürzt SOS) als Sammelbewegung der Rechten. Dann bleibt es doch

bei der Viererkoalition. Diese wird von Jezek aufgefordert, sich „zu einem neuen politischen Subjekt zu binden und unter einer gemeinsamen Führung mit einem Spitzenkandidaten anzutreten“.

Sommer 2000: CSSD und ODS verabschieden gemeinsam ein neues Wahlgesetz, das die beiden größten Parteien politisch und finanziell begünstigt, die kleineren massiv benachteiligt. Präsident Havel (bekannt für seine Sympathien für die Freiheitsunion) verweigert die Unterschrift und ruft das Verfassungsgericht an.

12./19. November 2000: Bei den Kreistagswahlen kommt die ODS auf Platz 1, die 4K auf Platz 2, die KSCM auf Platz 3, die CSSD auf Platz 4. Bei den Teilwahlen zum Senat gewinnt die 4K 11 Sitze hinzu (jetzt 39 Sitze). Die ODS verliert drei (jetzt 23), die CSSD acht Sitze (jetzt 15, zusammen 1 weniger als die 4K!).

November: Der seit zehn Monaten amtierende Generaldirektor des Tschechischen Fernsehens (CT), Dusan Chmelicek, wird heftig kritisiert, weil er eine kritische Reportage über ein Wett-Unternehmen vom Sendeplan abgesetzt hat, nachdem die Firma drohte, ihre Werbespots zurückzuziehen.

12. Dezember: Der tschechische Fernsehrat beschließt mit schwammiger Begründung Chmeliceks Abberufung. Von den neun Mitgliedern des Rates, die nach der bisherigen Regelung von den Parteien nominiert und vom Abgeordnetenhaus (der „unteren“ Kammer des tschechischen Parlaments) gewählt wurden, stehen vier der CSSD, drei der ODS und einer der US nahe. Für die Abberufung ist eine Zweidrittelmehrheit (d.h. mindestens 6 Stimmen) erforderlich. Die Ablösung Chmeliceks durch einen Nachfolger ist für Ende Januar geplant.

17. Dezember: Rund 40 Medienexperten, Film- und Fernsehproduzenten, Schriftsteller und CT-Angestellte protestieren gegen die Abberufung Chmeliceks. Der Fernsehrat wird wegen Untertunfähigkeit unter Parteiinteressen zum Rücktritt aufgefordert. Vom Abgeordnetenhaus fordern die Protestierer in einer Petition „Das Tschechische Fernsehen, eine öffentliche Angelegenheit“ die Aussetzung des Verfahrens zur Neubestellung des Direktorenpostens. Eine Demonstration während der nächsten Fernsehratssitzung am 19.12. wird angekündigt und ein Streik vorbereitet. Die „radikale Version“: Unterbrechung der Sendungen; die zahmere Version: Verlesung der Petition im Fernsehen.

19. Dezember: Der Fernsehrat berät erstmals über den Nachfolger Chmeliceks; vor dem Gebäude demonstrieren etwa 300 Menschen. Zwei führende Politiker der 4K – der Stellv. Senatspräsident Jan Ruml und Senator Michael Zantovsky – fordern ein neues Fernsehgesetz mit



anderem Wahlmodus und die Verschiebung der Neuwahl bis nach dessen Verabschiedung. 27 weitere Senatoren schließen sich an.

20. Dezember: Das von der US für den Fernsehrat nominierte Mitglied (der evangelische Pfarrer Miloš Rejchrt) tritt zurück. Der nunmehr achtköpfige Rat wählt in einer Blitzentscheidung unter 33 Bewerbern Jiri Hodac zum neuen CT-Direktor. Der britische Staatsbürger und ehemalige BBC-Mitarbeiter, der nach zwanzigjährigem Exil in Australien und England 1999 nach Prag zurückkehrte, hatte bereits im Sommer 2000 vier Monate als Nachrichtenchef beim CT gearbeitet. Wegen allzu großer Willfährigkeit gegenüber äußerem Druck war er aber bereits damals mit der Nachrichtenredaktion in Konflikt geraten: Als sich Regierungschef Miloš Zeman und Oppositionschef Václav Klaus über einen Moderator beschwerten, der ihnen in der sonntäglichen Politshow „V pravé poledne“ (Zwölf Uhr mittags) unangenehme Fragen gestellt hatte, feuerte Hodac den kritisierten Journalisten. Danach musste er selbst den Hut nehmen.

Am Abend unterbricht die Redaktion der Hauptnachrichten die Sendung, ein Text auf dem Bildschirm bezeichnet die Wahl von Hodac als existenzbedrohend für das Tschechische Fernsehen. Die Redakteure bilden einen Krisenausschuss.

21. Dezember: In Prag, Brno und Ost-rava finden Demonstrationen gegen die Wahl Hodacs statt. Bis zum späten Abend unterzeichnen ca. 10.000 Menschen die Erklärung „Das Tschechische Fernsehen – eine öffentliche Angelegenheit“.

Der ODS-Chef und Parlamentsvorsitzende Václav Klaus fordert die Privatisierung des CT.

22. Dezember: Hodac beginnt als neuer CT-Generaldirektor. Zur Nachrichtenchefin ernannt er Jana Bobosiková, die 1999 zeitweilig als Beraterin von Klaus tätig war. Die Journalisten beset-

zen die Redaktionsräume und machen die Nachrichten in eigener Regie. Die Mehrheit der CT-Angestellten unterstützt sie.

24. Dezember: Das CT strahlt zwei verschiedene Nachrichtensendungen aus. In den regulären Redaktionsräumen produziert die revoltierende Nachrichtenredaktion ihre Sendungen, die aber nur in den ca. 350.000 Haushalten mit Satelliten- oder Kabelfernsehen empfangen werden können. In angemieteten Räumen der beiden Privatsender Nova und Prima produziert Jiri Hodac mit einigen Unterstützern „offizielle“ Sendungen. Da die für die Ausstrahlung verantwortliche Sendeanstalt Ceske radiokomunikace Hodac als rechtmäßigen Direktor anerkennt, erhält die Mehrheit der tschechischen Fernsehzuschauer die von ihm produzierten, analog ausgestrahlten Sendungen.

Wie in den Tagen zuvor finden vor dem CT-Gebäude Demonstrationen zur Unterstützung der revoltierenden Journalisten statt.

26. Dezember: Jana Bobosiková überreicht 20 Mitarbeitern der Nachrichtenredaktion die Kündigung, die von diesen zurückgewiesen wird.

Kulturminister Pavel Dostal (CSSD) unterstützt die Redakteure. Er sieht die Gefahr einer gesamtgesellschaftlichen Krise als Folge der TV-Krise.

Der ehemalige ODS-Außenminister und jetzige 4K-Senator Josef Zieleniec: „Die Arroganz, mit der das Tolerierungsabkommen [zwischen CSSD und ODS] entstanden ist, wird auf konkrete Schritte übertragen, die dazu führen sollen, die Macht der beiden Parteien aufrecht zu erhalten.“

27. Dezember: Hodac lässt beide Kanäle des CT abschalten und fordert eine Prüfung, welches Programm das rechtmäßige ist.

Das politische Gremium der regierenden CSSD (ohne Premier Zeman) kritisiert den Schritt Hodacs und fordert ihn zum Rücktritt auf.

Die Vizepremiere Pavel Rychetsky und Vladimír Spidla (beide CSSD) versuchen erfolglos, zu vermitteln. Laut Rychetsky soll am 3. Januar ein Regierungsentwurf für ein neues Fernsehgesetz beschlossen werden.

28. Dezember: Der Fernsehrat bestätigt die Rechtmäßigkeit von Hodacs Nachrichtensendungen, fordert ihn aber auf, die Programmausstrahlung wieder aufzunehmen. Dies geschieht, doch anstelle der Nachrichten erscheint wieder ein Hinweis, dass in das Netz Programme von nicht autorisierten Personen eingespielt worden seien.

Vor dem Gebäude demonstrieren mehrere Tausend Menschen.

29. Dezember: Der Fernsehrat fordert Hodac auf, mit allen juristischen Mitteln für die Wiederaufnahme der Sendungen

zu sorgen. Hodac verhandelt mit der Polizei über ein eventuelles Eingreifen gegen die Besetzer der Nachrichtenredaktion. Die Polizei lehnt ab, Justizminister Rychetsky erklärt, er sehe keine juristische Grundlage für einen Polizeieinsatz. Eher werde er zurücktreten. Präsident Havel äußert zum wiederholten Male seine Unterstützung für die revoltierenden Fernsehmitarbeiter.

31. Dezember: Hodac lässt die Nachrichtenredaktion durch einen privaten Wachdienst absichern. Die Journalisten können zwar die Redaktion verlassen, z.B. um zur Toilette zu gehen, danach aber nicht wieder zurückkehren.

1. Januar: Hodac lässt die Ausweisung der Anwesenden von der Polizei kontrollieren. Die Journalisten treten in den Streik. Durch die Fenster werden sie von Sympathisanten mit allem Nötigen versorgt, darunter auch mit fünf chemischen Klos.

2. Januar: Auf Veranlassung von Klaus treffen sich die Vorsitzenden der Parlamentsparteien, unter Ausschluss der KSCM. Klaus' Kompromissvorschlag findet keine Unterstützung.

Die 4K-Vertreter fordern die Abberufung Hodacs. Der Chef der Freiheitsunion will auch den Fernsehrat abberufen lassen.

Regierungschef Zeman hofft auf eine Lösung durch das neue Fernsehgesetz. Nach der Verabschiedung des Entwurfs am 3. Januar werde die Regierung um die Erklärung des legislativen Notstands ersuchen, damit das Gesetz im Parlament beschleunigt verabschiedet werden könne.

Von den acht Fernsehräten halten noch vier an Hodac fest.

Die revoltierenden Journalisten erhalten Unterstützung durch die Böhmischemährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände und die Assoziation der selbständigen Gewerkschaften sowie durch die Internationale Journalistenföderation.

3. Januar: Nach dem Regierungsentwurf für ein neues Rundfunk- und Fernsehgesetz sollen die Parteien keine Kandidaten für den Rundfunk- und Fernsehrat mehr nominieren dürfen. Diese sollen künftig von Bürgerinitiativen, Verbänden, Glaubensgemeinschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen vorgeschlagen und dann vom Parlament gewählt werden. Die Amtszeit des jetzigen Rates soll 30 Tage nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes enden.

Der Senat fordert Hodac und den Fernsehrat zum Rücktritt auf.

Präsident Havel verschiebt seinen Urlaub.

Fast 100.000 Menschen demonstrieren auf dem Prager Wenzelsplatz „für die Unabhängigkeit des tschechischen Fernsehens“. Die Erklärung „Das Tschechische Fernsehen – eine öffentliche Angelegenheit“ ist mittlerweile von ca. 120.000 Menschen unterzeichnet worden.

In der Presse wird die Situation mit der von 1989 verglichen und von einem „Machtkampf“ gesprochen.

4. Januar: Der Medienausschuss des Parlaments kommt bei seiner Sondersitzung zu keinem gemeinsamen Beschluss. Die ODS-Vertreter beharren auf der Rechtmäßigkeit der Wahl Hodacs und empfehlen, auf das neue Mediengesetz zu warten. Die Vertreter der Viererkoalition verlangen den Rücktritt Hodacs. Die CSSD-Vertreter votieren uneinheitlich.

Hodac erleidet einen Kreislaufkollaps und kommt ins Krankenhaus.

Der Leiter der Europäischen Kommission, Ramiro Cibrian, erörtert die Situation bei CT mit dem stellv. tschechischen Außenminister, Pavel Telicka.

5. Januar: Vierzehnstündige Sondersitzung des Abgeordnetenhauses: Mit den Stimmen von CSSD, KDU-CSL und US wird der Fernsehrat aufgefordert, Hodac abzurufen. Nur die ODS hält an ihm fest. KDU-CSL und US (beide Mitglieder der 4K) fordern die Abberufung des Fernsehrates. Premier Zeman beschuldigt Präsident Havel, die Journalisten zu Gesetzesverstößen angestiftet zu haben. Havel fordert eine Entschuldigung.

Hodac, weiterhin im Krankenhaus, lehnt einen Rücktritt ab.

8. Januar: Sondersitzung des Fernsehrates. Die Abberufung Hodacs steht nicht auf der Tagesordnung.

9. Januar: Die von Hodac eingesetzte Nachrichtenchefin Jana Bobosiková gibt es auf, selbst Nachrichtensendungen zu produzieren.

10. Januar: Die ursprüngliche Nachrichtenredaktion, die weiterhin die Redaktionsräume besetzt hält, sendet erstmals wieder ungestört Nachrichten.

Der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses empfiehlt eine Novelle des Mediengesetzes, nach dem der Fernsehrat auch künftig nur vom Abgeordnetenhaus gewählt werden soll. Die Christdemokraten (KDU-CSL) setzen sich mit ihrem Vorschlag, auch den Senat zu beteiligen, ebenso wenig durch wie die Vertreter der Freiheitsunion (US), die die Wahl eines Drittels der Fernsehräte dem Präsidenten überlassen will.

11. Januar: Hodac wird aus dem Krankenhaus entlassen und tritt „aus gesundheitlichen Gründen“ zurück. Wieder demonstrieren Zigtausende in Prag und anderen Städten. Neben Gewerkschafts- und Parteienvertretern spricht ein Vertreter der polnischen Solidarnosc. Alle bejubeln den Sieg im „Streit um die Unabhängigkeit des Fernsehens“. Der Sprecher der Bürgerinitiative „Das Tschechische Fernsehen – eine öffentliche Angelegenheit“ fordert, das neue Fernsehgesetz müsse eine „Entpolitisierung“ der Wahl des Fernsehchefs beinhalten. Abgeordnetenhauses, Senat und Präsident müssten gleichberechtigt daran beteiligt sein – mit anderen Worten: nicht die „große Koalition“ aus CSSD und ODS, sondern die Viererkoalition

soll letztendlich bestimmen, wer Fernsehchef wird.

12. Januar: In einer 18-stündigen Sitzung beschließt das Abgeordnetenhaus die Abberufung des Fernsehrates, der die Parlamentsbeschlüsse der Vorwoche ignoriert hat. Mit 133 Ja- und 52 Nein-Stimmen wird ein neues Mediengesetz beschlossen, nach dem die Kandidaten für den Fernseh- bzw. Rundfunkrat nicht mehr von den Parteien, sondern von „relevanten gesellschaftlichen Gruppen“ nominiert, aber vom Abgeordnetenhaus berufen werden. Die CT-Journalisten halten weiterhin die Redaktionsräume besetzt und wollen ihren Streik fortsetzen, bis alle Mitglieder der Fernsehleitung abberufen und die Kündigungen zurückgenommen sind. R.H.

Quellen: Radio Prag, Prager Zeitung, Süddeutsche Zeitung, ARD, ORF2 •

Italien

Verbot von Forza nuova contra Meinungskampf?

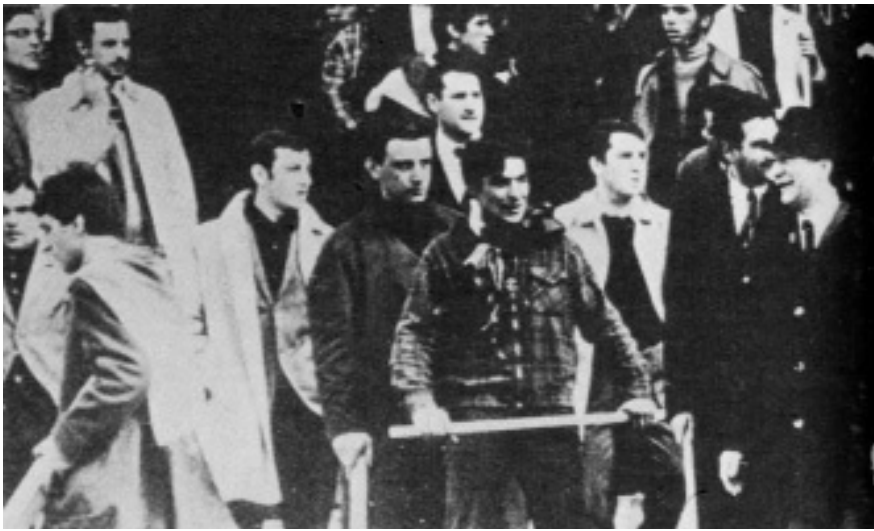
In der Diskussion um ein Verbot der faschistischen Organisation Forza Nuova (Neue Kraft, Fn), die Ende Dezember nach dem Attentat auf il manifesto aufgeflammt ist, überwiegt derzeit die Ablehnung eines Verbots.

Das ist zunächst erstaunlich, denn zahlreiche Fakten sprechen für ein Verbot. Der Attentäter steht in Verbindung zu Fn und auch staatliche Stellen sehen Zusammenhänge. Der Chef des UCIGOS (Zentrales Amt für allgemeine Untersuchungen und Sonderaktionen der staatlichen Polizei) gab in einer Anhörung vor der Parlamentskommission Stragi (Mörder, Attentate) Untersuchungsergebnisse bekannt, dass hinter den drei Attentaten in Rom (auf das Museum der Resistenza im November 1999, auf das Kino Nuova Olimpia im November 2000 und auf il manifesto) eine einheitliche Strategie erkennbar sei, die auf Forza nuova zurückgeführt werden könne.

Fn kündigt derweil die Beteiligung an der Parlamentswahl im Frühjahr an und als Auftakt des Wahlkampfes eine nationale Kundgebung am 10. Februar in Verona unter der Losung „Zusammen mit Haider, in Forza nuova. Schluss mit der Einwanderung, stoppen wir die Invasion“. Obwohl diese Kundgebung und die Aktivitäten von Fn insgesamt rassistischen und faschistischen Charakter haben, schreiten die Behörden bislang nicht ein. Dabei ist die Rechtslage eindeutig.

Verfassung und Gesetze verbieten faschistische und rassistische Propaganda und Organisation

Die italienische Verfassung legt in Art.



Faschistische Schläger an der Universität von Rom (ca. Ende der 60er Jahre). Rechts im Bild Giorgio Almirante, der langjährige Sekretär der faschistischen Partei MSI.

139, 12. Übergangsbestimmung, fest: „Die Reorganisation der aufgelösten Faschistischen Partei ist in jeder Form verboten“. Diese Grundsätze wurden 1950 in das sog. Scelba-Gesetz aufgenommen (benannt nach dem damaligen Innenminister), das alle Nachfolgeorganisationen verbot. Gleichwohl konnte schon 1946 mit dem Movimento Sociale Italiano (MSI) eine Nachfolgeorganisation gegründet und über die ganze Zeit fortgeführt werden (heute in Alleanza nazionale umgebildet), weil die Christdemokratische Partei ein Interesse an der Existenz einer Partei am äußersten rechten Rand hatte.

1993 schließlich wurde das sog. Mancino-Gesetz verabschiedet, das bezüglich Organisationen regelt: „Verbieten ist jede Organisation, Vereinigung, Bewegung oder Gruppe, die in ihren Zielen die Aufstachelung zur Diskriminierung oder zur Gewalt aus rassistischen, ethnischen, nationalen oder religiösen Gründen hat. Wer an solchen Organisationen, Vereinigungen, Bewegungen oder Gruppen beteiligt ist oder ihre Aktivitäten unterstützt, wird allein für die Tatsache der Beteiligung oder Unterstützung mit Haft von sechs Monaten bis zu vier Jahren bestraft. Wer solche Organisationen, Vereinigungen, Bewegungen oder Gruppen fördert oder leitet, wird allein dafür mit Haft von ein bis sechs Jahren bestraft“. Neben der Organisationsbildung wird in dem Gesetz auch die entsprechende Propaganda unter Strafe gestellt. Nach dem Wortlaut wie dem Sinn des Gesetzes sind Aktivitäten wie die Kundgebung am 10. Februar zu verbieten und die Organisation aufzulösen.

Stimmen für ein Verbot

Dennoch sind die Stimmen, die ein solches Vorgehen fordern, in der Minderheit und weitgehend auf die Linke beschränkt: Unmittelbar nach dem Attentat hatte Cossutta für die (Regierungs-) Partei der italienischen Kommunisten

(PdCI) ein Verbot gefordert. Und Bertinotti hatte für die (oppositionelle) Rifondazione comunista erklärt: „Forza nuova muß nach dem Mancino-Gesetz verboten werden. Das ist ein gebotener Akt“. Auf die Frage, ob Rifondazione etwas in dieser Richtung unternehmen werde, reagierte Bertinotti eher zurückhaltend mit der Möglichkeit einer parlamentarischen Anfrage. Aus der Begründung konnte man schließen, dass er mit dieser Haltung vermeiden will, unabhängig die Position der parlamentarischen Rechten zu fördern, die das Vorgehen gegen rechts mit der Unterdrückung von Linken (speziell der autonomen Centri sociali) verknüpfen will.

Der Sekretär der Linksdemokraten (DS), Veltroni, schließlich erklärte auf die Frage von il manifesto nach einem Verbot mit Hinweis auf die Prüfung eines NPD-Verbots in Deutschland: „Ich denke, dass die Kundgebungen von Forza nuova im Gegensatz zum Mancino-Gesetz stehen und das Anziehen der Schrauben in Deutschland der Besorgnis über eine reale Gefahr entspricht“. Aber entsprechende Initiativen der Linksdemokraten als größter Regierungspartei sind nicht bekannt geworden, und einflussreiche Linksdemokraten argumentieren ganz anders.

„Meinungen mit Meinungen bekämpfen“?

Beispielsweise Luciano Violante, Präsident der Abgeordnetenkammer, der zunächst ein scharfes Vorgehen gegen Fn angekündigt hatte, dann aber in der Verbotsfrage umschwenkte: „Eine extreme Maßnahme dieser Art kann nicht zu dem Zweck angewandt werden, das zivile Bewusstsein aufzurütteln. Das wäre unerträglich ... Das zivile Bewusstsein rüttelt man mit ideellen Schlachten auf, nicht mit Polizeimaßnahmen. Ich teile Ihre Besorgnis. Deshalb halte ich es für notwendig, die intelligenten Leute, die zivilen Leidenschaften, die Frauen und Männer der Kultur, die Lehrmeister rund um die

großen Werte der Freiheit, die durch diese Einschüchterungen in Gefahr gebracht werden, zu mobilisieren“.

Die Ablehnung eines Verbots (das ja Meinungskampf gegen faschistische Kräfte nicht ausschließt, sondern im Gegenteil verlangt) mag daher rühren, dass der Parlamentspräsident wie die Linksdemokraten als Partei eine Konstitutionalisierung der parlamentarischen Rechten (also auch Alleanza nazionale und Lega Nord) durch Einbindung in institutionelle Reformen versuchen. Die konsequente Durchsetzung des Mancino-Gesetzes würde zweifellos auch diese Parteien berühren: Repräsentanten von Alleanza nazionale haben die Rückkehr der Fn-Gründer Fiore und Morsello aus dem britischen Exil betrieben, Alleanza nazionale selber hat nach wie vor faschistische Strömungen, Kundgebungen der Lega Nord tragen unverhüllt rassistische Züge. Verbot und Auflösung von Fn ließen sich kaum als „chirurgische Operation“ trennscharf an der parlamentarischen Rechten vorbei durchführen.

Ein Beispiel für Violantes „Mobilisierung der intelligenten Leute ...“ hat es auch schon gegeben: Ein Bündnis von zehn Intellektuellen von links bis rechts (darunter der linksdemokratische Philosophieprofessor und Bürgermeister von Venedig, Cacciari) hat einen „Appell an alle freien Geister Italiens“ losgelassen, „Meinungen mit Meinungen zu bekämpfen, ohne Bann und gegenseitige Verteufelung“. Darin heißt es zu einem Verbot von Fn: „Ein formaler Verbotsakt hätte unvermeidlich den Effekt, diesen Bewegungen einen neuen Anstoß zu geben und die Spirale von Opferrolle und Rebellentum zu verschärfen. Wir müssen die Demokratie ausdehnen und sie nicht einschränken und so versuchen, diejenigen einzuschließen und nicht auszuschließen, die sich an ihren Rändern befinden“. Unterschiedslos in einem Atemzug werden dann genannt „Gruppierungen der Rechten oder der radikalen Linken“. Das Argument wurde von der Rechten dankbar aufgenommen. So z.B. Gustavo Selva, Fraktionschef von Alleanza nazionale in der Abgeordnetenkammer: „Meinungen bekämpft man mit Meinungen. Nur terroristische und gewalttätige Akte bekämpft man auch mit dem Strafgesetzbuch“.

Die Propagierung von Ausländerverbreitung oder Antisemitismus, die ideologische Brandstiftung nur eine „Meinung“ unter anderen? Dass die parlamentarische Rechte das Argument gern aufgreift, wundert nicht. Damit lockert sich öffentlicher Druck auf diese Parteien. Dass sie im Gegenzug – wie von der sozialdemokratischen Politik erhofft – die eigene Politik zivilisieren, die eigenen reaktionären Flügel mäßigen oder die vielfältigen Verbindungen zur außerparlamentarischen äußersten Rechten kapten, ist dagegen nicht abzusehen.

rok



Proteste in Davos und anderen Städten

In vielen Städten der Schweiz kam es am Wochenende zu massiven Protesten gegen das im Wintersportort Davos tagende Weltwirtschaftsforum. Rund 3 000 Regierungs- und Wirtschaftsvertreter treffen sich dort derzeit, um über künftige Strategien zu beraten. Auch aus einigen europäischen Hauptstädten wie Warschau und Madrid wird über Proteste gegen das neoliberale Spitzentreffen in den Schweizer Bergen berichtet. Zu Solidaritätskundgebungen und Protesten gegen die Verletzung der Meinungsfreiheit in der Schweiz kam es auch im brasilianischen Porto Alegre, wo sich 10 000 Globalisierungsgegner aus aller Welt zum Weltsozialgipfel versammelt haben. Davos war unterdessen am Samstag von der Außenwelt nahezu abgeschnitten. Trotzdem konnten mehrere hundert Demonstranten nach Davos durchdringen, wo wiederholt Wasserwerfer gegen sie eingesetzt wurden. Auch Teilnehmer eines international zusammengesetzten Gedenk Kongresses, der unter dem Titel „Public Eye on Davos“ im Ort tagte, mußten unschöne Bekanntschaft mit eidgenössischen „Sicherheitskräften“ machen, als sie sich den Protesten anschließen wollten. Selbst die bekannte indische Feministin und Ökologin Vandana Shiva wurde mit Polizeiknüppeln traktiert. „Ich habe ihnen meine Akkreditierung zum Forum gezeigt, aber sie hörten nicht auf, mich zu stoßen“, berichtete sie.

Im Nachbarort Landquart wurden etliche hundert Demonstranten am Bahnhof an der Weiterfahrt gehindert und mit Gummischrot beschossen. Als sie sich schließlich zur Rückfahrt nach Zürich entschlossen, wurden sie dort am Bahnhof wiederum von Polizei in Empfang genommen. „Die Polizei dreht vollkommen durch“, berichtete ein Augenzeuge auf den Internetseiten des unabhängigen Medienzentrums von den Vorgängen in der Nähe des Zürcher Bahnhofs am frühen Samstagabend. Es würde wahllos mit Gummigeschossen in die Menge ge-

zielt, die auf über 1 000 angewachsen sei. Mindestens zwei Demonstranten erlitten schwere Augenverletzungen, die noch in der Nacht operiert werden mußten. Aus dem Polizeiangriff entwickelt sich eine mehrstündige Straßenschlacht, bei der auch einige Autos in Brand gesteckt wurden. In der Folge nahm die Polizei rund 100 Demonstranten fest.

In Brasilien protestierten derweil Bauern aus aller Welt zünftig gegen die Globalisierung, in dem sie ein Versuchsgut des Gentechnik-Monopolisten Monsanto besetzten und die Felder mit gen-manipulierten Pflanzen zerstörten. Die Aktion war von der Bewegung der Landlosen MST und anderen brasilianischen Verbänden organisiert worden. Beteiligt haben sich unter anderem auch französische Bauern.

Kuba: Kritik an Fischer-Protest

Der Vorgang ist seltsam und bizarr: Bundesaußenminister Joseph Fischer hatte in der vergangenen Woche den kubanischen Botschafter ins Auswärtige Amt einbestellt und die Regierung in Havanna auffordern lassen, zwei im Land inhaftierte tschechische Politiker freizulassen. Der frühere tschechische Finanzminister und heutige Abgeordnete Ivan Pilip und das frühere Parlamentsmitglied Jan Bubenik waren am 12. Januar in der kubanischen Provinz Ciego de Avila rund 300 Kilometer östlich der Hauptstadt Havanna festgenommen worden. Pilip und Bubenik seien nicht als „Touristen“ nach Kuba gekommen, sondern „im Dienste und Auftrag des Freedom House, bekanntes Instrument der USA in ihrer subversiven Politik gegen unser Land, um konterrevolutionäre Elemente zu kontaktieren und ihnen Anweisungen und Mittel zu geben“, heißt es in der Erklärung aus Havanna weiter. Den beiden Tschechen soll nach Angaben der kubanischen Zeitung Granma der Prozeß wegen nicht näher bezeichneter subversiver Aktivitäten gemacht werden.

Kuba kontierte die ungewöhnlich drastische Intervention aus dem Hause

Fischer umgehend und wies die Berliner Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück. Die kubanische Regierung verbitte sich jegliche Einmischung von außen, hieß es in einer diplomatischen Note, die der kubanische Botschafter Marcelino Medina daraufhin in Berlin übergab. Darin rechtfertigt Kuba nachdrücklich die Verhaftung von Pilip und Bubenik. Die Regierung in Havanna könne keinerlei Handlungen akzeptieren, die gegen die Gesetze und die Souveränität des Landes verstoßen, heißt es in der Erklärung aus Havanna. Auch die Regierung in Prag, im Gegensatz zu Fischer für diplomatische Noten in diesem Fall tatsächlich zuständig, protestierte gegen die Festnahme. Die Beziehungen zwischen Havanna und Prag sind gespannt, seit Tschechien im vergangenen Jahr bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf Kuba wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilte.

Verschärfung der Situation in Südserbien

Angesichts der neuen Eskalation im Grenzgebiet zum Kosovo hat Jugoslawien eine Dringlichkeitssitzung des Welt sicherheitsrats beantragt. Außenminister Goran Svilanovic forderte die „sofortige und entschiedene Verurteilung terroristischer Angriffe“ in Südserbien.

Bei einem Überfall von Kosovo-Albanern am Rand der fünf Kilometer breiten Pufferzone zum Kosovo wurde ein jugoslawischer Soldat getötet. Eine Gruppe von 20 Untergrundkämpfern soll bei Presevo ein Militärfahrzeug angegriffen haben. Die Soldaten hätten entschieden zurückgeschossen, hieß es in Belgrad. Vier weitere Soldaten wurden bei anderen Vorfällen am Sonntag zum Teil schwer verletzt. Der jugoslawische Innenminister Zoran Jivkovic warnte vor einem massiven Einsatz von Polizei und Armee. In der Pufferzone kämpft der UCK-Ableger UCPMB für die Abtrennung des Presovo-Tals von Serbien und dessen Vereinigung mit einem unabhängigen Kosovo. Wegen des entmilitarisierten Status des Gebiets dürfen die jugoslawischen Streitkräfte dort nicht einmarschieren, um die Separatisten zu bekämpfen. Am Freitag waren mehrere hundert UCPMB-Leute in das südserbische Dorf Dobrosin einmarschiert.

Wiederholt hatte die jugoslawische Führung in den letzten Wochen versucht, die NATO dazu zu bewegen, durch gemeinsame Patrouillen mit Einheiten der KFOR die Terroristen aus der Pufferzone zu vertreiben und dort für Sicherheit zu sorgen. Die NATO lehnt dies ab. Zugleich weist man in Brüssel die Vorwürfe des jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica zurück, die NATO sei entweder nicht willens oder unfähig, ihrer Aufgabe, nämlich für Sicherheit zu sorgen, nachzukommen.

Zusammenstellung: hav

Köln, 27. Januar 2001. Im Anschluss an eine Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus in der Antoniterkirche fand ein Gedenkgang zur „der Tränen“ am Bahnhof Köln-Deutz statt. Von hier aus wurden im Mai 1940 zunächst 1000 Roma und Sinti aus Köln und dem Umland nach Auschwitz deportiert, später folgten die Deportationen jüdischer Mitbürger. Die Situation der Roma und Sinti hatte auch im Mittelpunkt der Reden und Texte auf der Gedenkveranstaltung gestanden. Die Polizeiakten aus der NS-Zeit dienten auch nach Kriegsende noch zur weiteren Repression gegen diese Bevölkerungsgruppe. Ca. 300 Menschen nahmen an den Veranstaltungen teil.



Verfahren gegen Thüringer Flüchtlingsrat mit Geldbuße eingestellt

ILMENAU. Am 18. Januar verhandelte das Amtsgericht Ilmenau eine Anklage gegen die Vorsitzende des Flüchtlingsrats Thüringen, Julika Bürgin. Wie in unserer letzten Ausgabe berichtet, ging es bei dem Verfahren nicht darum, ob das Landratsamt die medizinische Hilfe für einen 17-jährigen Asylbewerber über Monate hinweg rechtswidrig verweigerte, sondern, ob die vom Flüchtlingsrat veröffentlichte Antwort einer Sachbearbeiterin gegenüber dem Asylbewerber tatsächlich gefallen ist und daher zitiert werden darf. Diese lautete „dass er ein Schwarzer aus Afrika sei und er in Afrika auch keine solche Behandlung bekommen hätte“. Das Verfahren wurde gegen Zahlung einer Geldbuße von 1500 DM wegen geringer Schuld eingestellt. Zahlt die Vorsitzende des Flüchtlingsrats diesen Betrag nicht, wird sie wegen „übler Nachrede“ verurteilt, weil die vom Asylbewerber angegebene Aussage der Behördenmitarbeiterin nicht als „erweislich wahr“ erwiesen werden konnte. Der Flüchtlingsrat, Pro Asyl und das Europäische Bürgerforum sowie viele solidarische Einzelpersonen bewerten das Verfahren als Versuch, Menschen, die sich öffentlich gegen Rassismus engagieren, behördlicherseits einzuschüchtern. www.nadir.org

27. Januar: Aktion für die Entschädigung ehem. ZwangsarbeiterInnen

BERLIN. 500 bis 600 Menschen trugen am 27. Januar die Forderung nach sofortiger Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen auf die Straße. Der Bundestagsabgeordnete Heinrich Fink ging in seiner Rede kritisch auf die Stiftungsinitiative und ihre Verschleppungstaktik ein. Der Wissenschaftler Thomas Kuczynski rechnete die Gewinne der deutschen Wirtschaft mit dem dagegen sehr gering ausfallenden „Entschädigungsbetrag“ auf. Alle RednerInnen betonten, dass die Anmeldung der Neona-

zis wegen der massiven Ankündigungen von antifaschistischen Gegenaktivitäten von der Polizei nicht erlaubt wurde. Das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ sowie das Antifaschistisches Aktionsbündnis III (A3) organisierten außerdem eine Gedenkfahrt zum ehem. Arbeitslager Lieberose und riefen für den Abend zu einer Lichterkette in Berlin-Pankow auf. Diese Aktionen sind Teil der Antifaschistischen Woche seit dem 24. Januar, die am 3. Februar mit einer Demonstration gegen die Rep-Bundeszentrale in Pankow abschließen wird. www.antifawoche.de

Großdemonstration am 18. Februar in Ahaus gegen die Atompolitik

AHAUS. Nach dem Verzicht der Betreiber auf den Castor-Transport von Neckarwestheim nach Ahaus hat NRW-Innenminister Behrends am 25. Januar die Vorbereitungen der Polizei gestoppt. Die BI „Kein Atom Müll in Ahaus“ beendet daher auch die Mobilisierung für den Widerstand gegen diesen Transport. Der Aufruf für eine Großdemonstration am

18. Februar in Ahaus bleibt aber bestehen. Denn es gibt genug Gründe, den Protest gegen die Atompolitik zu organisieren: •Auch nach dem Transportverzicht aus Neckarwestheim wird es weitere Versuche gebe, Atom Müll nach Ahaus zu schaffen. •Die sog. Interimslagerung in Neckarwestheim bedeutet ebenso wenig eine Lösung des Atomproblems wie der Transport nach Ahaus. Nur der Verzicht auf die Produktion weiteren nuklearen Abfalls kann eine Verschärfung des Problems verhindern. •Die Grundlage für den Betrieb von Atomkraftwerken wird in der Urananreicherungsanlage in Gronau geschaffen. Im sog. Atomkonsens wird sie nicht einmal erwähnt. •Für Ende März/Anfang April ist ein Castor-Transport aus La Hague nach Gorleben geplant. Er soll die Voraussetzungen für die weitere Belieferung der franz. Wiederaufbereitungsanlage durch deutsche Kraftwerksbetreiber schaffen. Freude über den verhinderten Castor-Transport nach Ahaus – Demonstration für die Stilllegung von Atomanlagen und gegen weitere Castor-Transporte – Mobilisierung für den Widerstand gegen den anstehenden Transport nach Gorleben: Das sind die 3 Elemente, die die Demonstration am 18. Februar bestimmen werden. 14 Uhr ab Rathaus. www.bi-ahaus.de



Cochemer Appell gegen Atomwaffen im Auswärtigen Amt übergeben

BERLIN. Am 16. Januar übergab eine kleine Delegation des Trägerkreises „Atomwaffen Abschaffen“ in Berlin den „Cochemer Appell“ mit ca. 18.000 Unterschriften an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ludger Volmer. Nach seinem Statement wurde Volmer über die atomare Teilhabe befragt. Die Bundeswehr könne doch einseitig die Ausbildung von Soldaten an Atomwaffen und die Bereithaltung von Bundeswehrtornados für US-Atomwaffen einstellen. Dazu sagte er „Von solchen einseitigen Schritten halte ich nicht mehr viel“. Deutschland hätte wenig Einfluss. Als loyaler

NATO-Partner sei es sinnvoller mit den anderen zusammen an der Veränderung der NATO-Doktrin zu arbeiten. Dabei seien solche Unterschriftensammlungen hilfreich, könne man doch dann in den Verhandlungen darauf verweisen, dass die Bevölkerung eine antinukleare Politik wolle. Der Trägerkreis wies auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofes von den Haag hin, dass 1996 Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärt hatte. Volmer meinte, hier gäbe es Interpretationsunterschiede, aber ohnehin sei Deutschland keine Supermacht und könnte seine Position nicht so einfach zur Geltung bringen. www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Am 17.2. bundesweite Jugendkonferenz zu Mumia Abu-Jamal

HAMBURG. Am Samstag, den 17. Februar, wird in Hamburg eine bundesweite Jugendkonferenz zu Mumia Abu-Jamal stattfinden. Sie soll als „Starttagung“ für ein bundesweites Jugend- und Schülernetz für Mumia genutzt werden. Hauptthema wird sein, wie mehr Schüler für die Mumia-Kampagne gewonnen werden können und welche bundesweiten Aktionen es am Tag X an Schulen, Universitäten usw. geben wird. Im Anschluss an die Konferenz findet ein Solikonzert in der Roten Flora statt. Nähere Infos bei bwj-mumia@gmx.net. www.mumia.de

PDS Hessen unterstützt Strafanzeige gegen Horst Mahler, NPD

FRANKFURT A.M. Die PDS Hessen unterstützt die von Einzelpersonen aus Frankfurt erstattete Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den NPD-Anwalt und Vorstandsmitglied Horst Mahler: Mahler fordert in einem auf seiner Webseite veröffentlichten Dokument das „Verbot aller vom jüdischen Volksgeist beeinflussten Einrichtungen und Organisationen“, weil sie Völkermord und Vertreibungen unterstützen würden. Weiter heißt es dort, der Judentum sei eine tödliche Gefahr für die Völker. Mit offensichtlich unwahren Behauptungen wird unterstellt, dass jüdische Organisationen einen Krieg gegen Deutschland führen würden. Letztlich wird in dem Dokument gefordert, ausländische Mitbürger von Beschäftigung, sozialer Sicherung, Bildung und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auszuschließen. Die PDS unterstützt daher die Klage und appelliert an die Behörden, die Website zu sperren. www.pds-hessen.de

NGOs veranstalten Gegengipfel zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos

BERLIN, DAVOS. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist Mitveranstalter eines Gegengipfels zur am 25. Januar begonnenen Tagung des Word-Economic-Forum (WEF). Dr. Angelika Zahrt, BUND-Bundesvorsitzende: „Wenn Wirtschaftsbesse und Politiker

hinter den Kulissen aushandeln wollen, wie sie künftig der Gentechnik den Weg bereiten, verstößt das gegen elementare Regeln der Demokratie. Die Bevölkerung lehnt in ihrer Mehrheit gentechnisch manipulierte Lebensmittel ab. Mehrere europäische Länder haben inzwischen Moratorien gegen gentechnische Freisetzen erlassen. Gerade in Zeiten von BSE hat das Weltwirtschaftsforum nicht das Recht, den Willen der Bevölkerung nach mehr Umwelt- und Verbraucherschutz zu ignorieren.“ Friends of the Earth – das internationale Netzwerk des BUND – ist zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen Veranstalter der Gegenkonferenz in Davos. In dem FoE-Konzept „Für eine nachhaltige Wirtschaft“ („Towards Sustainable Economies“) werden u.a. die Förderung lokaler und regionaler Wirtschaftsstrukturen, international verbindliche Regeln für transnationale Konzerne und mehr Einfluss der Politik auf die Finanzmärkte vorgeschlagen. „Towards Sustainable Economies“ und weitere Informationen zum Gegengipfel sind im Internet abrufbar unter www.foeeurope.org. www.bund.net



Plakataktion gegen Rassismus in Augsburger Betrieben

AUGSBURG. „Türkenkoffer“ steht auf dem Plakat. Und etwas kleiner darunter heißt es: „Schon mal nachgedacht, wo Fremdenhass beginnt?“ Weitere Plakate greifen die rassistischen Begriffe „Negerkuss“, „Judenfuz“ und „Zigeunerspieß“ auf. Die Metall-Arbeitgeber der Region Augsburg und die Gewerkschaft IG Metall wollen provozieren, um so zur Nachdenklichkeit, zum Abbau von Vorurteilen und zur Diskussion gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu kommen. Sie vereinbarten, dass die provokativen Plakate in 40 Betrieben aufgehängt und unbedingt auch diskutiert werden. Dafür sollen Mitarbeiter eigens geschult werden. Neben der Aktionswoche, die vom 19. bis 23. Februar

stattfindet, gibt es einen Wettbewerb vom 8. März bis 18. Mai zum Motto „Macht mit einander – Betriebe für Toleranz“. Der Wettbewerb richtet sich speziell an Jugendliche und fordert sie zu kulturellen Aktivitäten in jeder Form auf. Er steht unter der Schirmherrschaft des Augsburger Oberbürgermeisters und wird unterstützt vom Ausländerbeirat der Stadt und der Israelitischen Kultusgemeinde. *Augsburger Zeitung*, 27.1. – baf

Kölner Flüchtlingsrat kritisiert Aktion der Stadt gegen Roma

KÖLN. Der Kölner Flüchtlingsrat kritisiert die am 15. Januar begonnene und zunächst auf zwei Wochen befristete Aktion der Stadt Köln, die in der Innenstadt bettelnden Frauen, vorwiegend Angehörige der Roma, von ihren Kindern zu trennen. Die Kinder werden in städtische Kinderheime untergebracht. Dort können sie von den Sorgeberechtigten wieder abgeholt werden. Ziel der Aktion sei es, so die Stadt, „die Kinder akut zu schützen und den Sorgeberechtigten die gesundheitliche Gefährdung deutlich zu machen und Hilfestellung anzubieten“. Der Kölner Flüchtlingsrat begrüßt zwar eine solche Zielsetzung, bewertet die städtische Aktion aber als völlig unangemessen. Claus Ulrich Pröhl, Geschäftsführer des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat erklärt: „Ein polizeiliches Durchgreifen wird dem Anliegen, das Wohl der Kinder zu fördern, nicht gerecht. Anstelle von ordnungspolitischen Maßnahmen, die Ursachen und soziale Hintergründe des Bettelns unberücksichtigt lassen, sollen familienbezogene pädagogische Konzepte seitens des zuständigen Allgemeinen Sozialen Dienstes entwickelt werden.“

PM Kölner Flüchtlingsrat 15.1.2001

fzs begrüßt Vorstoß der SPD zur Studiengebührenregelung

BONN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag festgeschriebene generelle Studiengebührenfreiheit auf Bundesebene umzusetzen. „Natürlich begrüßen wir, dass das SPD-Präsidium nun endlich die Notwendigkeit einer bundesweiten gesetzlichen Regelung der Studiengebührenfrage anerkennt“, so Veronika Muhr, Vorstandsmitglied des fzs. Dennoch befürchtet der fzs, dass es jetzt lediglich zu einer Umsetzung des Meininger Kompromisses im Hochschulrahmengesetz kommen könnte. „Wenn man in der SPD von einem gebührenfreien Erststudium redet, so bleibt zu hoffen, dass dies tatsächlich unabhängig von der Dauer des Studiums gelten wird und die SPD somit wenigstens sogenannte Langzeitstudiengebühren ausschließt. Weiterhin fordern wir die Regierung auf, auch jedwede andere Form von Gebühren, wie z.B. Zweitstudiumgebühren, gesetzlich zu verbieten.“ www.pbjacon.de/studierende-fzs

Wo bleibt die rot-grüne Initiative für ein Paket antirassistischer Gleichstellungsgesetze?

Die Proteste gegen die Nazis nehmen zu, aber die Gewalttaten der Nazis nehmen nicht ab. Die Bündnisse, die sich vielerorts bilden, erreichen durch die Beteiligung der Gewerkschaften eine große Breite. Aktionen in Stadtvierteln zeigen Solidarität im umkämpften öffentlichen Raum. Aber was tut der Staat?

In München hatte eine ortsansässige Nazi-Bande bundesweit eingeladen. Aus der Veranstaltung heraus kam es zu einem Überfall auf einen Passanten griechischer Nationalität, der nach allgemeiner Ansicht tödlich geendet hätte, wären nicht zwei Mitbürger türkischer Nationalität zu Hilfe geeilt. Wenige Minuten

später war auch die Polizei da. – Die beiden jungen Männer wurden mit Foto und Namensangaben von den Nazis im Internet präsentiert. Einem kündigte der Arbeitgeber, weil er krank geschrieben war. Die Öffentlichkeit fragt sich, was die V-Leute, die bei dem Treffen waren, getan bzw. unterlassen haben und wieso die Veranstaltung von den Behörden nicht verboten oder wenigstens durch offene Polizeipräsenz eingedämmt worden war.

Jahrelang hatte die CSU-Regierung behauptet, in Bayern gäbe es weniger Übergriffe, weil a) die Politik die verständlichen Sorgen der Bevölkerung vor Überfremdung, Ausnutzung der Sozialsystem usw. ernst nähme, und b) Übergriffe nicht geduldet würden. Man nannte Zahlen, dass Bayern sicherer sei.

Der nur durch einen glücklichen Zufall verhinderte Pogrom-Mord auf offener Strasse macht klar, dass diese Strategie – wenn sie je gegriffen hat – jetzt jedenfalls nicht mehr wirkt.

Wieso? Wahrscheinlich weil die Faschisten den Erfolg ihrer Aktionen sehen. Sie weiden sich an der Furcht von Menschen, die nicht wie Hans und Grete aussehen. Sie triumphieren, wenn Flüchtlinge und Wanderarbeiter das Land meiden. Sie reiben sich die Hände wegen der Rückwanderung. Jede gewaltsame Abschiebung bestätigt sie in ihrer eigenen Gewaltbereitschaft. Die Nazis machen mit ihren Aktionen weiter, weil sie im sozialen Raum die Ergebnisse sehen, die sie wünschen.

Das Geflecht der Gesetze und Verord-

Nach Nazi-Überfall „Gegen Nazi-Terror und Rassismus, Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen!“

MÜNCHEN. Unter dem Motto: „Gegen Nazi-Terror und Rassismus, Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen!“ demonstrierten am Mittwoch 1.500 Menschen im Schlachthofviertel. Nicht nur die „üblichen Verdächtigen“, sondern auch viele AnwohnerInnen aus dem Viertel schlossen sich der Demonstration an. Das Münchner Bündnis gegen Rassismus, zusammen mit griechischen, türkischen und kurdischen MigrantInnen und mit Mitgliedern des Ausländerbeirats München, hatte zu dieser Protestdemonstration aufgerufen, nachdem in der Nacht von Freitag auf Samstag der Grieche Artemios T. von Skinheads verprügelt und schwer verletzt worden war.

Etwa 60 Skinheads, die aus München und dem gesamten Bundesgebiet angereist

waren, hatten in der Gaststätte „Burg Trausnitz“ gefeiert. Laut Polizeiangaben ist dieses Lokal schon seit längerem ein Treffpunkt der Neonazis.

Gegen 1.00 Uhr griffen einige von ihnen vor dem Lokal den 31-jährigen Griechen an und prügelten und traten auf ihn ein. Zwei junge Türken holten Hilfe aus einem nahe gelegenen türkischen Lokal und versuchten, die Skinheads zu stoppen. Daraufhin erhielten die Skinheads ebenfalls Verstärkung von ihren Saufkumpanen aus der „Burg Trausnitz“. Die Nazis waren zum Teil bewaffnet mit Stangen und Flaschen, ein Türke wurde bei der Auseinandersetzung so schwer verletzt, dass er ebenfalls ins Krankenhaus musste. Als endlich die Polizei – alarmiert durch viele Anrufe von Anwohnern – auf der Bildfläche erschien, flüchteten die Skinheads in das Lokal und, nachdem es ihnen nicht gelungen war, die Tür zu verbarrikadieren, durch die Hintertür.

Im Laufe des Wochenendes wurden 18 Skinheads festgenommen, gegen zwei von ihnen, eine 17-jährige und einen 19-jährigen Neonazi, wird wegen versuchten



Mordes ermittelt. Der Hauptverdächtige Christoph Schulte konnte fliehen, trotz der inzwischen auf 30.000 DM erhöhten Belohnung gibt es keine konkreten Hinweise auf sein Versteck. Einige der Neonazis sind bereits seit längerem der Polizei bekannt, z.B. hatte einer der Schläger die Pistole beschafft, mit der im Juni letzten Jahres eine 15-jährige Schülerin angeschossen wurde.

Das Opfer des brutalen Überfalls wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Artemios T. ist nicht krankenversichert, hat keine Wohnung und keine Arbeit. Die Stadträtin Tassia Fouki-Friedl rief auf der Auftaktkundge-

Ein interessante Initiative Ausländerbeirat jetzt aufwerten

MÜNCHEN. Eine politische Aufwertung des Ausländerbeirats fordert die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen – rosa Liste. Zu diesem Zweck schlägt Stadträtin Tassia Fouki-Friedl vor, einen städtischen Migrationsausschuss ins Leben zu rufen, der sich aus Stadträten und Ausländerbeiräten zusammensetzt. Vergleichbar dem Sozialhilfeausschuss hätten im Migrationsausschuss auch externe Mitglieder die Möglichkeit, ihre Anliegen in einem regulären, von einem Bürgermeister geleiteten städtischen Gremium zu präsentieren und Anträge zu stellen. Der Migrationsausschuss würde zu allen Vorlagen der Verwaltung, in denen migrationspolitischen Fragen tan-

giert sind, Stellung nehmen, seine Beschlüsse wären allen anderen Ausschussbeschlüssen gleichgestellt. Dadurch würde sich der politische Stellenwert der gewählten Vertreter der Ausländer und des Themas „Migrationspolitik“ insgesamt erhöhen.

Der Ausländerbeirat könnte seine Vertreter im Migrationsausschuss entweder per Wahl delegieren oder der Ausländerbeirat würde nach einer entsprechenden Verkleinerung seine Mitglieder direkt in den Migrationsausschuss entsenden. Die Zahl der Ausländerbeiräte sollte die Zahl der Stadträte jedoch nicht übersteigen. Tassia Fouki-Friedl: „Die Anforderungen an den Ausländerbeirat haben sich durch verschiedenste rechtliche Änderungen (neues Staatsbürgerschaftsrecht, Regelungen auf EU-Ebene zum aktiven und passiven Wahlrecht für EU-AusländerInnen etc.) deutlich verändert. Die CSU

liegt allerdings falsch, wenn sie aus diesen neuen Rahmenbedingungen die Forderung nach der Abschaffung des Ausländerbeirates ableitet. Im Gegenteil – die politische Präsenz der Einwanderer muss gefördert und gestärkt werden, denn sie und ihre Themen nehmen in unserer Stadt eine immer wichtigere Rolle ein. Das beherzte Eingreifen der beiden jungen türkischen Männer gegen eine Übermacht von Neonazis am letzten Wochenende ist ein Beleg nicht nur für die weit gediehene Integrationsleistung vieler Einwanderer, sondern auch für die spezifischen Probleme, denen sie ausgesetzt sind. Es ist nur allzu verständlich und berechtigt, wenn nun Vertreter griechischer und türkischer Organisationen eine bessere Beteiligung der Einwanderer am politischen Prozess fordern. Dies ist auch ihr Land – und ihre Stimme muss zukünftig besser zu hören sein.“ •

nungen, mit dem die BRD auf das soziale Phänomen der weltweiten Wanderarbeit, Migration und Flucht reagiert, ist reaktionär. Da rot-grün diese Gesetze stehen lässt, steht eine überwältigende Mehrheit der Volksvertreter hinter dieser Struktur. Deswegen nützen die Kritiken der Staatsrepräsentanten an Rassismus und Übergriffen nicht, und deswegen machen auch Verbote dem Spuk kein Ende.

Wo bleibt die rot-grüne Initiative für ein Paket von antirassistischen Gleichstellungsgesetzen? Vom Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft, auf Asyl, der Abschaffung der Abschiebehaf und und und ... bis hin zur Aufhebung der Internierung in Flüchtlingslagern und der schändlichen Schikane der Paketverpflegung.

bung die Stadt München auf, die Behandlungskosten zu übernehmen und einen Spendenaufruf für Artemios T. zu starten: „Nur mit Mitleid, Mitgefühl und Betroffenheit kommen wir nicht weiter,“ zumindest in finanzieller Hinsicht müsste konkrete Hilfe organisiert werden.

Claus Schreer vom Münchner Bündnis gegen Rassismus stellte die Forderung voran: „Der braune Sumpf muss trockengelegt werden, den braunen Schlägerbanden muss das Handwerk gelegt werden.“ Es sei ein Skandal, dass die faschistische DVU in München Pasing ihre Zentrale hat und völlig unbehelligt ihre braune Propaganda von dort aus vertreiben könne. Pavlos Delkos, Mitglied des Ausländerbeirats München und im Bezirksausschuss im Schlachthofviertel, erneuerte die Forderung des Ausländerbeirats an die Stadt, eine unabhängige antirassistische Beschwerdestelle einzurichten. Als wichtigen Bestandteil im Kampf gegen die politischen Brandstifter forderte Memo Arikan, ebenfalls Mitglied des Ausländerbeirats, das Wahlrecht und mehr Mitspracherechte für AusländerInnen und ein Antidiskriminierungsgesetz. „Wer Feindbilder propagiert, AusländerInnen einteilt in ‚nützliche‘ und ‚unnütze‘, wer Menschen in Folter und Tod abschiebt und mittels rassistischer Gesetze diskriminiert, der schafft den Nährboden für die Schlägerbanden.“

Außerdem gab es Redebeiträge von Sigfried Benker, Vorsitzender der Stadtratsfraktion der Grünen und Fofana aus Togo von der ‚Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen‘. Alle RednerInnen brachten Dank und Respekt für das mutige Eingreifen der jungen Türken zum Ausdruck.

Martin Löwenberg schloss die Kundgebung mit den Worten: „Wir sind hier, um unsere Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen in München zu demonstrieren. Aber ich appelliere auch an die vielen Menschen unterschiedlichster Herkunft auf dieser Kundgebung: Seid solidarisch mit uns! Lasst uns mit diesen Nazis und Rassisten nicht allein!“

Corinna, mlb

Es ist wohl klar, dass die Gleichstellung vor dem Gesetz nur als langwieriger Prozess in vielen Einzelschritten durchgesetzt werden kann, aber gegenwärtig ist sie nicht mal ein politisches Thema.

Die neuen Nazis sind inzwischen eine feste Größe im kulturellen Bestand der BRD. Sie haben ihre Gesinnung durch schwere Verbrechen unterstrichen. Das bleibt in den Biografien verankert. Das kann nicht irgendwie durch gute Worte und Gewalt zurückgedrängt werden.

Dagegen hilft nur noch, dass die soziale Realität sich unübersehbar ganz anders entwickelt. Wenn die Politik den Kurs der Gleichstellung einschlägt und wenn mehr Ausländer kommen und mehr Rechte erhalten, werden die Unbelehrbaren resignieren. Vorher nicht. maf



Zum 5. Mal antifaschistische Demo gegen Nazis in Elmshorn

Diesmal 1800 TeilnehmerInnen!

Elmshorn. Trotz des nasskalten Frostes versammelten sich 1500 EinwohnerInnen zur Demonstration gegen die stationäre „Kundgebung“ der Nazis aus Hamburg und Pinneberg auf der Kreuzung Adenauerdamm / Rethfelder Ring. Zusätzlich waren 300 auswärtige antifaschistische FreundInnen gekommen, die die Polizeiführung, teilweise auch die Presse als „gewaltbereite Autonomie“ wahrnahm.

Nicht alle harrten auf der Abschlusskundgebung mit vielen RednerInnen und Kulturbeiträgen im Eichenkamp über mehrere Stunden aus – aus unterschiedlichen Gründen. Den einen war es schlichtweg zu kalt. Andere waren unzufrieden, in rund 800 m Entfernung von der Nazi-Kundgebung zu stehen, ohne sie verhindern zu können. Einige befürchteten eine Eskalation mit der Polizei, die 1200 BeamtenInnen eingesetzt und eine „niedrige Einsatzschwelle“ angedroht hatte. Die ist jedenfalls im Rahmen der Demo und Kundgebungen nicht eingetreten; auch weil der Polizeileiter vor Ort besonnen reagierte und Sympathie für das Anliegen des Bündnisses hegte. Allerdings kam es in der Umgebung zu unverhältnismäßigen Festnahmen von über 60, teilweise sehr jungen Leuten, die die Nazis blockieren wollten und nach deren

Der 29.1.2001 wird in Hamburg-Ottensen zum Tag der offenen Tür

Ein Stadtteil öffnet seine Türen

An diesem Tag werden gleichzeitig verschiedene Kneipen, Cafés, Läden etc. einen Aufkleber in ihr Schaufenster oder an ihre Wohnungs/Büro-Tür kleben: „Wir bieten Schutz bei rassistischen Angriffen“ wird darauf in verschiedenen Sprachen stehen. Diese Aktion „open borders – open doors“ ist vom Altonaer Bündnis gegen Rassismus initiiert und möchte durch Diskussion und Aktion ein für MigrantInnen und Flüchtlinge offenes, einladendes und schützendes Klima schaffen. Diese Aktion lehnt sich an eine Initiative im brandenburgischen Bernau an, die einige rassistische Überfälle zum Anlass nahmen, um eine „Aktion Noteingang“ ins Leben zu rufen. Ein Aufkleber an Geschäften, Kneipen, Cafés, Restaurants, Institutionen, Arztpraxen, Rechtsanwaltsbüros, Wohnungen etc. sollte Menschen, die angegriffen werden, oder potentiell von Angriffen bedroht sind, signalisieren, dass sie in dem betreffenden Haus Zuflucht und Solidarität finden können.

Unsere Aktion hat mehrere Ziele: a) Natürlich im Notfall ganz konkret Zuflucht und Hilfe. b) Die Diskussion über Rassismus und Faschismus in der Öffentlichkeit verbreitern. c) Den rechten Tätern soll der Rückhalt in der Mitte der Gesellschaft genommen werden. d) Der Aufkleber soll markieren wie viele Menschen bereit sind, Opfern rechter Gewalt zu unterstützen und damit ein einladendes Klima für MigrantInnen und Flüchtlinge schaffen. e) Ganz konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Für einen eventuellen Notfall (...) ist es notwendig, dass die Läden, Cafés etc. den Opfern einen Fluchtweg anbieten und entsprechende Stellen informieren (u.U. auch die Polizei). Auch das Bündnis wird erreichbar sein und Unterstützung anbieten (Rechtsanwälte, Ärzte etc.).

In unserer Vorabdiskussion haben wir festgestellt, dass es bei den Läden, Kneipen etc. zum Teil auch Vorbehalte und Ängste gibt sich zu positionieren. Wir haben deswegen den gemeinsamen Beginn des Aufklebens geplant. Es wäre schön, wenn sich die Aufkleber danach so verbreitern würden, dass sich die, die keinen Aufkleber im Fenster haben, in der Minderheit fühlen. Einmal angelaufen, sollte sich diese Aktion auch in andere Stadtteile ausbreiten und irgendwann ganz Hamburg erreichen.

Macht bei der Aktion mit! Diskutiert mit Laden- und Kneipenbesitzern, mit Euren Ärzten und Rechtsanwälten etc. Aufkleber und ein dazugehöriges Falblatt gibt es gegen eine Schutzgebühr.

Altonaer Bündnis gegen Rassismus
Am Born 24, 22765 Hamburg, ma.

Nazi-Anzeige gescheitert

ELMSHORN. Am 11.1. wurde eine Strafanzeige gegen meine Person vor dem Amtsgericht verhandelt. Polizeibeamte mit drei Streifenwagen waren am 20. Februar letzten Jahres ausgerückt, weil ein anonymer Anrufer eine Person gesehen haben wollte, die Plakate der neofaschistischen NPD vom Geländer der Brücke an der Wasserstraße reiße. Der damalige Landesvorsitzende der NPD, Stawitz, stellte Strafanzeige wegen Sachbeschädigung. Im Prozeß bestätigte der als Zeuge geladene Polizeibeamte, dass die Plakate nicht zerstört, sondern wieder verwendet werden hätten können. Die Schrift sei noch lesbar gewesen. Staatsanwaltschaft und Richterin verständigten sich während des Prozesses auf die Einstellung des Verfahrens und Übernahme der Kosten durch die Landeskasse. Die Verteidigerin Gaby Heinicke dagegen forderte einen Freispruch. Sie stellte in Zweifel, daß hier überhaupt ein öffentli-

ches Interesse, wie es die Staatsanwaltschaft sah, vorliegen würde. Dies ist in der Regel der Fall, wenn per Definition der öffentliche Friede durch die Tat empfindlich gestört wurde. In einer öffentlichen Erklärung, die eingangs von mir vorgelesen wurde, wird auf den verbrecherischen Wahlkampf, den die NPD in Elmshorn veranstaltete, eingegangen. Wenn also eine Störung des öffentlichen Friedens vorgelegen hätte, dann von dieser Partei. Die Erklärung wurde der Richterin mit ca. 40 Unterschriften zugestellt und der Prozeß von etlichen Unterzeichnern besucht. Die Richterin entschied auf Freispruch, weil auch sie keine Sachbeschädigung erkennen konnte. Zudem wäre die Situation zu dem damaligen Zeitpunkt in Elmshorn „aufgeheizt“ gewesen. Damit ist klaggestellt: Das Umdrehen faschistischer Wahlplakate ist erlaubt, da es sich nicht um Sachbeschädigung handelt. Sinnbildlich so, als wenn jemand ein Bild von der Wand nimmt und zur Seite stellt, wie die Verteidigerin ausführte.

eg – (Rudi Arendt)

Beschreibung zu einer teilweisen rüden Behandlung durch Polizeikräfte, die vor Redaktionsschluss nicht überprüfbar war. Zweifello ist die antifaschistische Demo des Bündnisses unter diesmaliger Federführung der ÖTV ein großer Erfolg, zumal die Gerichte das Marschverbot für die Nazis mehrfach bestätigt hatten.

Die Ausgangsbedingungen für das Bündnis waren schwierig. Der Kreis hatte eine stationäre „Kundgebung“ der Nazis mit erheblichen Auflagen genehmigt, um sich „gerichtsfest“ zu präsentieren. Dieser Auffassung schloss sich das Innenministerium an. Es ist eher zu vermuten, dass man hier auch mit einer weniger einschränkenden Verfügung „zufrieden“ gewesen wäre. So konnte das Bündnis seinen ursprünglichen Abschlusskundgebungsort in Rufweite, nur 120 m von der Nazi-Kundgebung entfernt, auf den sich alle Bündnismitglieder unter großer Anwesenheit geeinigt hatten, nicht durchsetzen, vor allem, weil die Polizeiführung ihre politischen Ansichten als „sicher-

heitstechnische Bedenken“ vortragen konnte. Das Bündnis war letztendlich vor die Wahl gestellt, eine einschränkende Verfügung zu kassieren und den Klageweg zu bestreiten oder einen anderen Kundgebungsort zu wählen. Da die Demoleitung den „Vorschlag“ der Polizei, die Abschlusskundgebung auf dem Vorplatz der KGSE durchzuführen, auf keinen Fall nachkommen, sondern unbedingt seine Solidarität mit den Bewohnern des Stadtteils im Zentrum des Stadtteils ausdrücken wollte, wurde der Eichenkamp, politisch, aber auch verkehrstechnisch die einzige Alternative zum ursprünglichen Ort vorgeschlagen und durchgesetzt. Für manche ein fauler Kompromiss, auch für das Bündnis nicht ohne Widersprüche, vor allem aber für diejenigen Antifaschisten unerträglich, die die Formen des antifaschistischen Widerstands konkret immer für wichtiger halten als einen langen Atem und die der Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Spektren, vor allem mit den

bürgerlichen Milieus misstrauen. So verständlich das scheint, hält das Bündnis, auch viele Linke darin, insgesamt keinen anderen Weg für erfolgversprechend, als die Nazis politisch zu bekämpfen, um ihnen die Straße zu verwehren. Immerhin hätten im Vorwege die Einwände gegen die gemeinsamen Absprachen des Bündnisses vehement vorgetragen werden können, denn dort herrscht tatsächlich Meinungsfreiheit, statt sie hinterher zu umgehen und dem Bündnis den „schwarzen Peter“ zuzuschieben. Die sektierischen Bezeichnungen einzelner Linker gegen die Demoleitung sind hilflos und bedürften einer streitbaren, aber dialogbereiten Auseinandersetzung.

Dass das Bündnis gegen Neonazis durchaus Geschick bei der Auswahl der Rednerinnen und Redner sowie der Kulturschaffenden entwickelte, sieht man nicht zuletzt daran, daß neben den Hauptrednern, Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Heinz-Werner Arens und Probst Kurt Puls, auch viele andere sprachen, deren Kritik an der deutschen Gesellschaft und Herrschaft grundsätzlicher ist. Neben dem bekannten Schauspieler Rolf Becker, kamen andere aus Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Migrantenorganisationen, SPD, Grünen, VVN, DKP und avanti – Projekt undogmatische Linke zu Wort. Die Kulturschaffenden sprachen alle Musikgeschmäcker an und hatten Verständnis für ihre Kurzauftritte. Leider gelang es Thies, dem Zauberer nicht, den einfachsten Weg zu gehen, und die Nazis einfach ins All zu beamen.

Landtagspräsident Arens sprach – sozusagen als Minimalkonsens – aus, was alle dachten: „Elmsorns Plätze gehören den Demokraten und nicht den Feinden der Demokratie“!

Die 200 Nazis kamen eine Stunde zu spät, nachdem sie unverständlicherweise mit Bussen der Pinneberger Verkehrsgesellschaft, allerdings mit verklebter Werbung und Logo, aus Pinneberg herangekarrt worden waren und blieben fast gänzlich unter sich. Die wenigen Einwohner, die von ihren Balkonen überhaupt etwas von der Nazi-Kundgebung mitbekamen, hielten teilweise Schilder mit der Aufschrift „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ in den Händen oder stellten ihre Musikanlagen auf volle Lautstärke. Worch jammerte nach seiner Schlappe herum „Wir haben das Recht die Meinung zu äußern, aber sie kann niemanden erreichen.“ Er gab die Durchhalteparole aus: „Wir kommen wieder!“ Er und seine Steigbügelhalter zogen allerdings bereits nach eineinhalb Stunden wieder von dannen und zeigten damit, daß ihre Demo-Ziele nur in der faschistischen Provokation bestehen.

Das Bündnis fühlt sich in seiner Meinung nach der Urteilsbegründung des OVG voll bestätigt und verlangt nachwieder ein Verbot von Nazi-Märschen und Kundgebungen.

(dm)



Projekt Bürgerhaushalt.

DÜSSELDORF, GÜTERSLOH.

Die Bertelsmann-Stiftung und das nordrhein-westf. Innenministerium suchten für ein gemeinsames Projekt Städte und Gemeinden, die ihre Bürger aktiv an der Haushaltsplanung beteiligen wollen. „Der Haushaltsplan als wichtigstes Politik-Instrument einer Kommune wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land immer noch als kompliziertes, undurchschaubares Rechenwerk empfunden“, sagte Innenminister Dr. Fritz Behrens bei der Vorstellung der Initiative in Düsseldorf. Obwohl die Bürgerschaft konkret von den finanziellen Weichenstellungen betroffen sei, werde sie bislang kaum in die Entscheidungsprozesse einbezogen. In den nationalen und internationalen Netzwerken der Stiftung spielt das Thema „Bürgerhaushalt“ eine wichtige Rolle. In den Städten Mönchweiler, Monheim am Rhein und Hamm würden bereits heute Bürgerhaushalte erfolgreich praktiziert. www.bertelsmann-stiftung.de

Bürgerbegehren „Unser München aus der Schuldenfalle“ scheitert.

MÜNCHEN. 5,5% statt 10% Wahlbeteiligung kamen zusammen beim stark umstrittenen Bürgerbegehren zum Stadthaushalt. Knapp 50.000 gingen zur Abstimmung, nur 53% davon stimmten mit Ja. Das Begehren prangerte die Verschuldung an sich an und schlug zwei Maßnahmen dagegen vor: 1. Eine längerfristige Finanzvorschau, die jeder Einwohner verstehen kann und 2. die Einführung von Bürgergutachten für eine sparsame Stadt, die mindestens 500 Münchner (Auswahl nach dem Zufallsprinzip) eine Woche lang in Gruppen mit Expertenunterstützung erarbeiten sollen. Für Kinderbetreuung wäre gesorgt, der Gehaltsausfall würde erstattet. Das Programm für die Woche hätte ein unabhängiges Institut festgelegt.

Südd. Zeitung 20./22. Jan. 2001

Internationales Jahr der Freiwilligen.

BONN. Auf der bundesweiten Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen sagte das Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg: „Unser Ziel ist die selbstaktivierende Bürger- oder Zivilgesellschaft, die die Eigenverantwortung des Bürgers stärkt. Wer sich für die Gesellschaft engagiert, darf nicht durch überzogene Bürokratie gegängelt werden. Es geht nicht an, dass zum Beispiel Eltern durch zu hohe Qualitätsanforderungen darin gehindert werden, im Kindergarten zeitweise Betreuungsarbeiten zu übernehmen.“ Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements biete den Kommunen die Chance, ihr Gemeinwesen zu revitalisieren. Der Ankündigung des Bundeskanzlers, das ehrenamtliche Engagement steuerlich

nicht zu belasten, müssten Taten folgen. Die Steuerfreistellung von Aufwandsentschädigungen in Höhe von 300 DM monatlich sei das Mindeste, was erforderlich ist. www.dstgb.de

Erstes rollendes Rathaus.

RHEINBERG, NRW. „Bürgernähe ist für mich praktizierte Dienstleistung. Statt in jedem Ortsteil kosten- und personalaufwändige Bürgerbüros aufzubauen, haben wir uns entschlossen, ein mobiles Bürgerbüro einzusetzen“, sagt Ute Schreyer, Bürgermeisterin der 32.000 Einwohner großen Stadt am Niederrhein. An zunächst 12 festen Haltestellen wird das Stadtmobil in der gut 75 qkm großen Stadt für Bürger erreichbar sein. In dem Fahrzeug sind zwei Büroräume mit datentechnischer Infrastruktur untergebracht. Durch Befragungen sollen die Bedürfnisse der Bürger und Unternehmen festgestellt und das Angebot entsprechend ausgerichtet werden. www.dstgb.de

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

BERLIN. Der Deutsche Städtetag hat die Bundesregierung am 24.1. aufgefordert, wie geplant bis Mitte 2001 eine Quote für den Ausbau der umweltverträglichen Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung einzuführen. Grund für diese Aufforderung ist die Befürchtung, dass Vertreter der großen Energieversorger die Bundesregierung von ihrem Beschluss abbringen wollen. Um seine Forderungen zu bekräftigen, veranstaltet der Deutsche Städtetag gemeinsam mit den Gewerkschaften ÖTV und DAG und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) am 15. Februar 2001 in Berlin einen Kongress zum Thema „Umweltschutz und Beschäftigung durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung“. www.staedtetag.de

Wohnen in der Genossenschaft.

BERLIN. Genossenschaftliches Wohnen ist nicht nur ein bundesdeutsches Thema. Auch in Mittel- und Osteuropa finden sich interessante Ansätze des demokratisch organisierten und selbstverwalteten Wohnens. Darum ging es bei der Internationalen Genossenschaftstagung, die Mitte Oktober in Berlin stattfand. Die Referate dieser Konferenz – u.a. von Prof. Häußermann von der Humboldt-Universität Berlin sowie von Genossenschaftsvorständen aus Polen, Tschechien und Ungarn – sind in einem Reader „Wohnungsgenossenschaften 2000 – Demokratische Strukturen und Selbsthilfefansätze in Mittel- und Osteuropa“ zusammengefasst. Die 80-seitige Broschüre kann zum Preis von 18 DM bestellt werden beim Genossenschaftsforum, Königin-Elisabeth-Str. 41, 14059 Berlin, Fax 030/3062264, E-Mail: Genossenschaftsforum@t-online.de, www.demo-online.de

Zusammenstellung der Meldungen: maf

Fortsetzung der Diskussion um neue Arbeitszeitmodelle

Krokodile in der Firma SICK – gibt's die?

Dass es in einem kapitalistischen Unternehmen mitunter zugeht wie in einer Schlängengrube und im Konkurrenzkampf sowohl um Posten als auch Marktanteile Gesetze des Dschungels herrschen – um im Bild zu bleiben – ist nichts Neues. Aber bei der Podiumsdiskussion am 27. November in der Kantine der SICK AG ging es um etwas anderes: eingeladen hatten der Betriebsrat und die Personalleitung folgende Podiumsteilnehmer: die Unternehmensberatungsfirma Weidinger, Hoff & Partner, von Arbeitgeberseite als Experten der Arbeitszeitflexibilisierung und sogenannten „Vertrauensarbeitszeit“ sehr geschätzt. Von Betriebsratsseite: Stefan Schauburg vom Vorstand der IG Metall, Abteilung Tarifpolitik, und Klaus Peters, Philosoph und Berater von Betriebsräten, darunter IBM in Sachen Arbeitszeit und „Arbeiten ohne Ende“.

Von besagtem Klaus Peters stammt die Geschichte mit dem Krokodil: denn es gilt aufzuklären und zu verstehen, warum die neuen Management-Methoden weniger auf das Kommandosystem („Modell Pistole“) bauen, wie es früher verbreitet war: der Vorgesetzte befiehlt, was zu tun ist. Der abhängig Beschäftigte führt die Befehle aus. Wenn auf Grund bestimmter Produktionsvorfälle oder Unwegsamkeiten im Marktgeschehen bestimmte Befehle in der vorgesehen Zeit nicht erledigt werden konnten, war dafür letztlich der Vorgesetzte und nicht der Beschäftigte verantwortlich. Ganz anders die moderne Führungsmethode („Modell Krokodil“): dem Beschäftigten wird immer mehr Autonomie, auch Zeitautonomie (bis hin zur Abschaffung der Zeiterfassung mittels „Vertrauensarbeitszeit“) und Eigenverantwortung eingeräumt, so dass die Marktgesetze oder auch die „internen und externen Kunden“ ungebremst und ohne Dazwischentreten von Vorgesetzten auf den Beschäftigten prallen. Klaus Peters nennt diese Führungsmethode „indirekte Steuerung“. Der Mitarbeiter verinnerlicht das Projektziel oder den Kundenwunsch oder den Liefertermin oder den Wettbewerbsdruck dermaßen, dass er selbst sich zu immer mehr Leistung und Überarbeit drängt: „Wenn ich den Termin nicht halte, müssen das meine Kollegen oder der Kunde ausbaden!“ In diesem Sinne funktioniert das Krokodil: bevor es mich auffrisst, arbeite ich lieber noch mehr und noch länger ... ohne dass irgendein Vorgesetzter

mich dazu anhalten würde. Im Gegenteil: „sozialverantwortliche“ Vorgesetzte schauen dann abends schon mal besorgt ins Büro und mahnen: „Gehen Sie doch mal früher nach Hause!“

Was hat das jetzt alles mit der Diskussion um neue Arbeitszeitmodelle und Ausweitung der Gleitzeit etc. bei SICK zu tun? Der Betriebsrat hat vor einigen Monaten begonnen, die Frage von Überarbeit, Überlastungen und gesundheitlichen Gefährdungen durch überlange Arbeitszeiten öffentlich in der Belegschaft zu erörtern.

Neben der Podiumsdiskussion haben zwei Diskussionsrunden mit Mitarbeitern einerseits und Führungskräften andererseits bei SICK im November stattgefunden. Auf der Betriebsversammlung am 7. Dezember berichtete der Betriebsrat über die z.Teil sehr interessanten Ergebnisse dieser „Workshops“:

Bericht des Betriebsrates zum Thema Arbeitszeit:

„Wie Ihr wisst, hat Herr Kast schon seit längerem die Betriebsvereinbarung zur Gleitzeit im Hause SICK AG gekündigt. Das heißt: von Seiten der Geschäftsleitung möchte man flexiblere Arbeitszeitmodelle haben.

Zum Beispiel hat Herr Kast einen Vorschlag vorgelegt, in dem er Ausweitung der Gleitzeit auf Plus 60 / Minus 30 Stunden vorschlägt; oder ein Pilotprojekt für die Forschung und Entwicklung mit bis zu 400 Stundenkonten; Ausweitung der 40-Stunden-Verträge nach Bedarf und ohne die Prozent-Beschränkung, die der Tarifvertrag vorschreibt – was immerhin Tarifbruch wäre!

Überstundenanträge sollen nicht mehr für Personen, sondern als Kontingente für ganze Bereiche beantragt werden können. Ausserdem sind Langzeitkonten, Lebensarbeitszeitkonten und

Broschüre von Gesamtmetall:

„Arbeitszeit – (K)Ein Thema für Sie?“

Der Horror-Katalog wird eingeleitet durch offenerherzige Fragen wie:

„Wollen Sie zuschlagpflichtige Mehrarbeit vermeiden?“ und folgendermaßen beantwortet:

„Verwenden Sie den Samstag als Regelarbeitstag.

Führen Sie Sonntagsarbeit ein, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Nutzen Sie Zeitbudgetregelungen.

Erweitern Sie die Grenzen von Arbeitszeitkonten.

Dehnen Sie die Ansprech- und Betriebszeiten aus.

Arbeiten Sie mit variablem Arbeitsbeginn und Arbeitsende.

Informieren Sie Ihre Beschäftigten über Auftragslage und Nachfragesituation. (Krokodile! d.Verf.)

Sorgen Sie dafür, dass Ihre Mitarbeiter nach

Hause gehen, wenn keine Arbeit vorhanden ist.“

Und die Vorschläge zur Verlängerung der Betriebszeiten, zur Schaffung von „Anreizen für kundenorientiertes Arbeiten“ und „flexiblere Reaktionsmöglichkeiten auf Auftragsschwankungen“ lauten:

„Entkoppeln Sie Arbeits- und Betriebszeiten.

Verlängern Sie für einzelne Mitarbeiter die Arbeitszeitdauer.

Führen Sie zusätzliche Schichten ein.

Organisieren Sie den Pausendurchlauf von Maschinen.

Planen Sie Schichtübergaben bei laufenden Maschinen.

Verschaffen Sie Ihren Mitarbeitern größere Zeitautonomie.

Nutzen Sie Vertrauensarbeitszeit (...)

Verlängern Sie Ausgleichszeiträume.

Ermöglichen Sie die An- und Absage von Schichten ...“.

(erschieden Juni 2000)

verschiedenes mehr im Gespräch.

Wir als Betriebsrat sehen, dass das ein wahnsinnig großes und wichtiges, aber auch kompliziertes Thema ist. Deshalb haben wir – gestützt auch auf Erfahrungen aus anderen Betrieben, z.B. die Broschüren „Denkanstöße“ von IBM, beschlossen, dieses Arbeitszeit-Thema möglichst breit in der Belegschaft zu diskutieren.

Ein erster Schritt in diese Richtung waren die beiden Workshops und die Podiumsdiskussion, die wir zusammen mit der Personalleitung veranstaltet haben. Ziel dieser Veranstaltungen war für uns, möglichst viele und vielseitige Informationen von Euch zu bekommen und eine breitere Öffentlichkeit im Betrieb für dieses Thema zu sensibilisieren.

Der 1. Workshop fand am 15.11.00 mit

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus ganz verschiedenen Bereichen statt: aus der Produktion, der Auftragsbearbeitung von GB01 und GB02, der Applikation, dem Produkt- und Marktmanagement verschiedener GBs, der Entwicklung und dem Controlling.

Interessant war, dass die Kolleginnen und Kollegen bei dieser Diskussion (trotz Anwesenheit von Herrn Kast) sehr offen und ungeschminkt Stellung genommen haben.

Ich möchte im Folgenden nur ein paar Kernpunkte dieser Debatte vorlesen und mich bei dieser Gelegenheit auch noch mal für die Teilnahme bedanken:

1. Fast alle 20 Teilnehmer wiesen auf den Zusammenhang zwischen Überlastungen, Stress, hohen Stundensalden etc. und fehlendem Personal hin.

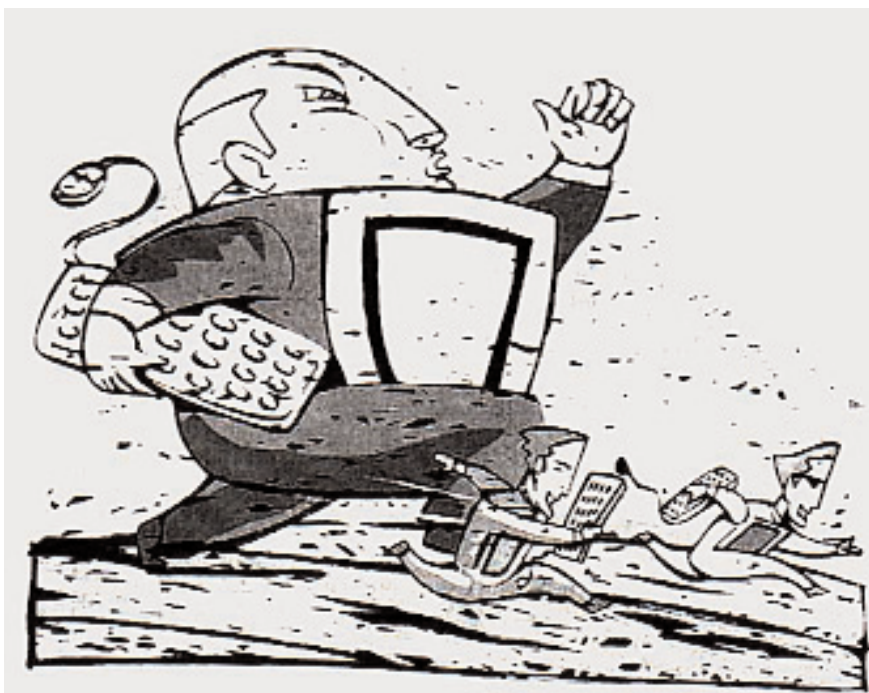
2. Insbesondere in den Entwicklungsabteilungen, dem Controlling und IS, wo viel Projektarbeit stattfindet, waren die Einschätzungen, wie hohe Stundensalden als größere Freizeitblöcke wirklich genommen werden können, eher pessimistisch.

3. Herr Kast erläuterte, dass auch 1999 wieder 23.000 Stunden verschenkt wurden, also verfallen sind, und 17.000 Überstunden geleistet wurden. Damit begründete er seine Vorschläge in Richtung Stundensparen, Abkaufen oder Umwandeln in Rentenansprüche usw.

Zu Recht wandten dagegen mehrere Teilnehmer ein: Ich lebe aber jetzt, ich habe jetzt kleine Kinder, die ich aufwachsen sehen möchte!

4. In mehreren Beiträgen wurde deutlich gemacht, dass inzwischen in manchen Bereichen der Arbeitsdruck und die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter so weit geht, dass man dem Problem nicht beikommen wird mit noch so guten Arbeitszeitmodellen.

Ein Kollege hat es treffend auf den Punkt gebracht: wir diskutieren hier



über Vorschläge von Herrn Kast, die allesamt Ventile sein werden für Überarbeit, hohe Stundensalden und Überlastungen – aber wir diskutieren schon gar nicht mehr, wie wir zur Normalarbeit zurückkommen und Belastungen abbauen können!

5. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass nur bei entsprechender Projekt- und Personalplanung wirklich Entlastung geschaffen und Freizeitblöcke genommen werden könnten. Für Projektarbeit würde das z.B. heißen: längere Projektlaufzeiten, mehr Personal, direkte Einplanung von Urlaubs- und Freizeitblöcken.

6. Aber aus der Entwicklung kam der Einwand: bei uns heißt es immer wieder: Eigentlich passt Urlaub nie ins Projekt! Wir kriegen keine geeigneten Leute auf dem Arbeitsmarkt! Ein Projekt jagt das andere oder mehrere laufen gleichzeitig.

7. Eine wichtige Erfahrung in diesem Mitarbeiter-Workshop war auch noch die Erkenntnis, dass sich verschiedene Gleitzeit- und Arbeitszeitregelungen je nach Tätigkeit und Abteilung ganz unterschiedlich auswirken – zum Beispiel im Prämienlohn. Mehrere Teilnehmer waren froh, endlich mal wieder die Arbeits- und Lebensumstände z.B. von Mitarbeiterinnen aus der Produktion mitzubekommen, von denen man ansonsten völlig getrennt lebt! Umgekehrt war es auch wichtig für Leute aus der Produktion, die ganz anderen Belastungen in bestimmten Angestelltenbereichen einmal hautnah zu erfahren.

Als Fazit lässt sich festhalten: bei aller Unterschiedlichkeit der Tätigkeiten und Erfahrungen, die sich sicher auch in unterschiedlichen Regelungen der Arbeitszeit wird niederschlagen müssen, war der Konsens über den Zusammenhang von Arbeitsquantum und Arbeitszeit und damit auch von Überlastungen einerseits und Personaldecke andererseits erstaunlich groß ...

Hoffnungsvoll stimmt uns auch, dass die Mehrheit der Führungskräfte sich durchaus dafür aussprach, ein Klima im Hause SICK zu schaffen, in dem offen und ohne Ängste über Belastungen und Arbeitszeitprobleme gesprochen werden kann. Es wurde die Fürsorgepflicht der Vorgesetzten betont und z.B. gesagt: „Es darf nicht sein, dass sich extreme Arbeitszeiten durch die Hintertür einschleichen und zum Normalzustand werden, nur weil niemand darüber spricht!“ Natürlich wurde dagegen auch eingewandt, dass viele Mitarbeiter sich scheuen, über Belastungen oder gar gesundheitliche Probleme zu sprechen und auch mal „NEIN“ zu sagen, weil sie befürchten, dass ihnen das negativ ausgelegt oder womöglich bei der nächsten Leistungsbeurteilung aufs Butterbrot geschmiert wird!

Immerhin: mehrere Führungskräfte waren auch der Meinung, dass letztlich die Personalbemessung stimmen müsse und nicht einfach über Ausdehnung der

Arbeitszeit Personalmangel verdeckt werden dürfe.

Für die Projektarbeitszeit müsse rasch eine Ausgleichsregelung gefunden werden. Hier wiesen wir vom Betriebsrat erneut darauf hin, dass ein entsprechender Entwurf für eine Betriebsvereinbarung seit Jahren vorliegt, der auch Stundensalden z.B. bis zu 150 Stunden vorsieht, allerdings mit dem Rechtsanspruch des Mitarbeiters, nach Abschluss eines Projekts auch einen zusammenhängenden Freizeitblock zu nehmen.

Zum Thema „Abkauf von Stunden“ oder Langzeit-, Lebensarbeitszeit- und Rentenkonten waren die Stellungnahmen sehr unterschiedlich: einige meinten, dass man diese Möglichkeit unbedingt begrenzen müsse, da sonst die Gefahr der Überarbeitung und des Burn-Out sehr groß sei.

Nächste Schritte zur Schaffung betrieblicher Öffentlichkeit: Wie Ihr gehört habt, gab es sehr spannende Diskussionen und dies ermuntert uns, mit dieser Art Willensbildung in der Belegschaft unbedingt fortzufahren. Wir werden auch im neuen Jahr – das hat auch Herr Kast bereits befürwortet – weitere Diskussionsrunden zu konkreten Arbeitszeitmodellen durchführen. Und wir werden auch weitere Veranstaltungen zum Thema anbieten, als nächstes haben wir an die Einladung eines Arbeitsmediziners gedacht, der den Zusammenhang von psychischer Belastung, Stress und Arbeitszeitregelungen genauer untersuchen und darlegen wird. Außerdem planen wir ein Intranet-Diskussionsforum zum Thema.

Oberster Maßstab für uns Betriebsräte bei den kommenden Verhandlungen wird jedenfalls sein: Arbeitszeit-Regelungen zu finden, auch durchaus unterschiedlicher Art, die die eigenen Interessen der Mitarbeiter an humanen und nicht gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen schützt und nicht einfach die Überarbeit, Selbstausbeutung und gigantische Stundenkonten verwaltet.“ Der Vorsitzende der kürzlich neugewählten IG Metall-Vertrauensleute bei SICK berichtete in einem Beitrag, dass im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen wiederholt die Frage nach den „Krokodilen bei SICK“ aufgetaucht sei. Gerade in seiner Abteilung, dem Informationsservice (EDV), sei das Phänomen der hohen Belastungen und der Projekte, bei denen eins das nächste jagt, sehr bekannt. In zwei weiteren Beiträgen von Betriebsräten wurde auch das Thema: wachsende Belastungen durch Schichtarbeit angesprochen. Der Horror-Katalog des Arbeitgeberverbandes „Gesamtmetall“ (siehe Kasten) wurde zurückgewiesen und betont: mit diesem Betriebsrat wird es keine Ausweitung zur Nachtschicht in Montageabteilungen geben!

Ab Ende Januar sollen die Verhandlungen über neue Arbeitszeitmodelle bei SICK beginnen. Es wird wichtig sein, die breite betriebliche Diskussion über das Thema fortzusetzen. (sic)

Hundt (BDA) wünscht Moderation im Mitbestimmungskonflikt.

– HB, Montag, 22.1.2001. – Das Arbeitgeberlager ist bei der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gespalten. Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände, M. Fuchs, lehnt den Gesetzentwurf völlig ab. BDA-Präsident Hundt erwartet ein Vermittlungsgespräch von Wirtschaftsminister Müller. Die BDA habe schon vor Monaten ein alternatives Konzept vorgelegt. Er sei mit Müller darin einig, dass vor allem die erhebliche Zusatzbelastung der mittelständischen Wirtschaft (von bis zu 4,4 Mrd. DM, laut ZDH) verhindert werden muss. Die Gewerkschaften lehnen eine Beratung der Mitbestimmung-Reform im Bündnis für Arbeit ab.

BDA kritisieren Verbot von Studiengebühren.

– HB, Dienstag, 23.1.2001. – Die Bundesregierung will ein Verbot von Studiengebühren für das Studium bis zum ersten Abschluss im Hochschulrahmengesetz verankern. Die Arbeitgeber haben den Beschluss des Präsidiums heftig kritisiert. Die Erhebung von Studiengebühren sei ein „unverzichtbares Element“ für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen, so die BDA.

BDI mahnt zu Reformen auf dem Arbeitsmarkt.

– HB, Mittwoch, 24.1.2001. – Strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen dürften angesichts der erwarteten Abschwächung der Konjunktur in Deutschland nicht länger aufgeschoben werden. Über die Wirtschaftspolitik insgesamt zeigt sich der BDI enttäuscht: Steuerreform, Rentenreform, Ökosteuern, Mitbestimmungsreform stießen auf Kritik. Einziger Lichtblick seien die Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Müller, rechtliche Voraussetzungen für Abweichungen vom Tarifvertrag zu prüfen.

Gesamtmetall warnt vor Mitbestimmung des Betriebsrates bei Arbeitsabläufen.

– HB, Donnerstag, 25.1.2001. – Die Metallindustrie fürchtet, dass die Reform der Mitbestimmung dem Betriebsrat erstmals ein Recht auf Mitsprache bei Investitionen bringt. DaimlerChrysler sieht deshalb bei künftigen Standortentscheidungen Nachteile für Deutschland. Der Betriebsrat müsse nur die Behauptung aufstellen, dass etwa die Umgestaltung einer Produktionsstraße wegen eines neuen Modells arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen widerspreche, so E. Kreßel, Leiter Arbeits- und Sozialrecht, DaimlerChrysler.

Presseauswertung: rst

Zur **Vorbereitung der Bundestagswahlen** hat der Vorstand folgende Maßnahmen ergriffen und Verantwortlichkeiten festgelegt:

Parteitage und zentrale Konferenzen:

- 2. Tagung des 7. Parteitages, 6. und 7. Oktober 2001, Dresden, Kulturpalast, V.: Gabi Zimmer / Dietmar Bartsch
- 3. Tagung des 7. Parteitages, (Wahlparteitag der PDS zur Bundestagswahl 2002) Frühjahr 2002. Ort: Offen, angestrebt wird die Durchführung des Parteitages in Sachsen-Anhalt, V.: Gabi Zimmer / Dietmar Bartsch
- 1. Tagung des 8. Parteitages, Oktober 2002, Ort: Offen, V.: Gabi Zimmer / Dietmar Bartsch
- Internationale Konferenz zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, 11. bis 13. Mai 2001, Berlin, V.: Petra Pau
- Finanz- und Strukturkonferenz der PDS, 30. Juni 2001, Magdeburg, V.: Dietmar Bartsch / Uwe Hobler
- Föderalismuskonferenz der PDS, IV. Quartal 2001, Saarland, V.: Peter Porsch

Die gemeinsamen Projekte von Parteivorstand und Bundestagsfraktion: Es ist die Absicht von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, arbeitsteilige Prozesse so zu führen, dass Synergieeffekte entstehen. Das erfordert gemeinsame Projekte sowie eine strategische Führung und planerische Koordination.

Der Landesvorstand der PDS Hamburg reagiert auf die am 26.1.01 ausgesprochene Einladung zur programmatischen und personellen Zusammenarbeit mit Regenbogen – für eine neue Linke:

Bereits im Juli 2000 hatte sich die PDS in Hamburg für ein breites Bündnis der oppositionellen Kräfte gegen die Sparpolitik von Sozialdemokratie und Grünalternativer Liste ausgesprochen. Angesichts der Kandidaturen von rechtspopulistischen, neofaschistischen und rassistischen Parteien ist es wichtig; in einem linken Bündnis für eine wirksame antifaschistische, antimilitaristische und antikapitalistische Opposition im Hamburger Landesparlament und den Bezirksversammlungen zu sorgen.

Nach Auffassung des Landesvorstandes der PDS könnte es in Kooperation mit der Wählervereinigung Regenbogen – für eine neue Linke gelingen; auch in der nächsten Legislaturperiode, eine wirksame Interessenvertretung der Benachteiligten und parlamentarische Opposition zur Politik der „neuen Mitte“ zu ermöglichen.

Der PDS Vorstand begrüßt, dass sich wichtige Schritte eines solchen Bündnisses der Linken in Hamburg abzeichnen. Die Veranstaltung eines stadtpolitischen Ratschlages am 10. Februar, organisiert von Regenbogen, PDS und Menschen aus anderen Organisationen kann

in einem linken Alternativprogramm und einer für alle Strömungen offenen Liste münden.

Diesen Verständigungsprozess will der PDS Landesvorstand weiter vorantreiben, so dass auf einer wahlpolitischen Landesmitgliederversammlung Ende März/Anfang April die abschließende Festlegung des wahlpolitischen Handelns erfolgen kann. Der Landesvorstand wird ein für die PDS tragfähiges Konzept für die Wahlen in Hamburg im September zu entwickeln. Dieses Konzept soll auf einer Landesversammlung Anfang April zum Thema Bürgerschaftswahl diskutiert und Abgestimmt werden. Angestrebt wird bis dahin weiterhin, ein gemeinsames Auftreten zu der Bürgerschaftswahl und den Wahlen in den Bezirken von PDS und Regenbogen zu erreichen.

Hierzu der Landesgeschäftsführer, Roman Scharwächter: „Gegenüber einer symbolischen Alleinkandidatur der PDS ist in der Hamburger Situation die gemeinsame parlamentarische Vertretung von Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen der politischen Linken eindeutig vorzuziehen“

Die inhaltlichen Überschneidungen zwischen Regenbogen und der PDS sind in vielen Politikfeldern der Hansestadt vorhanden. Hieraus ergeben sich viele Gründe und Chancen für ein gemeinsames Handeln bei den Wahlen im September. Dennoch können einige grundsätzliche Unterschiede zwischen den Gruppen nicht unbeachtet bleiben. Natürlich gibt es in einer bundesweiten, sozialistischen Partei und einer regionalen, aus der westdeutschen Alternativbewegung kommenden Wählervereinigung ein jeweils anderes Organisationsverständnis und eine jeweils andere Zielstellung für die Entwicklung der eigenen Gruppe. Ebenso sind bei den politisch, inhaltlichen Grundsätzen beachtliche Differenzen erkennbar. Doch bergen all diese Unterschiede in Traditionen und Grundlagen politische Handelns auch Chancen für sinnvollen und fruchtbaren Austausch und Zusammenarbeit für die Wahl im September und die Zeit danach in sich. Dies hat sich in den bisherigen Gesprächen zwischen Regenbogen und der PDS über ein gemeinsames Vorgehen bei der Bürgerschaftswahl und bei der gemeinsamen Vorbereitung der Stadtpolitischen Tagung gezeigt.

Hamburg, 31. Januar 2001

Der Landessprecher der PDS Baden-Württemberg Peter Linnes teilte am 22. Januar mit: Auf ihrer **Landesmitgliederversammlung am 20.1. in Stuttgart** beschäftigte sich die PDS mit den Themen Bildung, Neofaschismus und Rassismus, Kommunalpolitik. Obwohl die PDS bei der Landtagswahl im März noch nicht antritt, stellt sie zunehmend die landespolitischen Gesichtspunkte in den

Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Als Gastredner auf der Versammlung sprach Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In seinem Referat wies er auf die besonders restaurativen Elemente in der baden-württembergischen Schulpolitik hin. Er forderte mehr Geld für Bildungseinrichtungen und mehr Lehrer. Klassengrößen bis zu 32 Schüler seien unverantwortlich. Förder- und Stützkurse seien besonders in der Grundschule wieder ausreichend anzubieten. Darüber hinaus brauche es strukturelle Reformen. Das dreigliedrige Schulsystem sei hochselektiv und sozial ausgrenzend. Es müsse überwunden werden. Die sogenannte „verlässliche Grundschule“ sei eben kein Schritt zur Halbtags- oder Ganztagschule. Für Gebühren bis zu 150 Mark gibt es Betreuung statt Bildung.

Ulrike Küstler wies auf rückschrittliche Elemente in der baden-württembergischen Landesverfassung hin, die zwar auf Gott und Heimat orientieren, nicht aber auf Kooperation, soziale Kompetenz und Persönlichkeitsentwicklung.

Winfried Wolf (MdB) knüpfte in seinem Bericht an die Bildungsdebatte an und thematisierte die ökonomischen Rahmenbedingungen. Massenerwerbslosigkeit auf nach wie vor hohem Niveau und Privatisierungsoffensiven stellen die PDS im Vorwahljahr vor die Aufgabe, als soziale und solidarische Kraft wirksam zu werden. Der Verkauf der Eisenbahnerwohnungen – in Baden-Württemberg über 8000 in 15 Städten – sei ein sozialpolitischer Skandal und ein Wortbruch der SPD. Die Einstellung der InterRegios führe dazu, dass ganze Regionen wie Oberschwaben vom Schienen-Fernverkehr abgeschnitten würden. Er stellte die Initiative „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ vor.

StadträtInnen und engagierte Mitglieder aus Heidelberg, Karlsruhe Stuttgart und Tübingen berichteten über die kommunalpolitischen Erfahrungen der PDS vor Ort. Eine landesweite Koordination dieser Arbeit in den Kommunalparlamenten wurde vereinbart.

Stefanie Fischbach und Titus Stahl referierten zum Kampf gegen Rechts. Die PDS ist aktiv dabei, damit ein Wiedereinzug der REPublikaner in den Landtag verhindert wird. Aber auch Initiativen gegen die unmenschlichen Abschiebungen und rassistische Sondergesetze sind Bestandteil antifaschistischer Politik. Zu diesem und fünf weiteren Themen lagen neue PDS-Faltblätter mit landespolitischen Positionen vor.

Aus aktuellem Anlass solidarisierte sich die Versammlung mit den hungerstreikenden politischen Häftlingen in der Türkei und verabschiedete einen entsprechenden Brief an das türkische Konsulat.

Zusammenstellung: jöd

„Deutsche Vergangenheitsbewältigung, 3. Akt“ – Gesichtspunkte zur Debatte

Warum haben die Bürgerlichen die Auseinandersetzung um die grünen Bundesminister Fischer und Trittin und ihre Vergangenheit ausgelöst. Warum führen sie sie jetzt? Dass und auf welche Weise Fischer und Trittin an den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen der 70er-Jahre beteiligt waren, war schließlich zu keinem Zeitpunkt ihres Aufstiegs zu Bundesministern unbekannt, und beide haben vor allem durch ihre Mitverantwortung für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien unter Beweis gestellt, dass sie von der Kritik der Staatsgewalt zu ihrem Einsatz übergegangen sind. Warum schließlich führen sie gleichwohl die Kampagne in einer Schärfe, die sich m.E. nicht mit Propagandatrommeln begnügt, sondern auf politische Vernichtung zielt?

Im Angriff der konservativen und rechtsliberalen Parteien und Medien mischen sich verschiedene Motive und Ziele. So tritt etwa das Bestreben zutage, die neonazistische Gewalt gegen Fremde, Schwache und Andersdenkende durch ihre Gleichsetzung mit den außerparlamentarischen Kämpfen mit der Staatsmacht zu verharmlosen. Im Folgenden sollen einige Gesichtspunkte zur Beurteilung der stattfindenden Debatte beige-steuert werden.

Gewalt und staatliches Gewaltmonopol

„Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, die Demokratie freue sich über jeden, der in ihren Schoß zurückkehre. Es ist klar, dass wir darum werben. Es ist auch richtig, was in der Bibel steht: Über einen, der Sünder ist und umkehrt, freut sich der Himmel mehr als über 99 Gerechte. Aber es steht nicht in der Bibel, dass derjenige auch gleich Vizkanzler eines Landes werden muss.“ (Friedbert Pflüger, CDU, in Aktuelle Stunde des Bundestages am 18.1.)

Die Konservativen bestreiten Fischer nicht, „umgekehrt“ zu sein. Warum also die Aufregung? Für sie ist Gewalt, die das staatliche Gewaltmonopol verletzt, ein politisches Verbrechen, das, und sei es noch so lange verjährt, gesühnt werden muss und das in gleich zweifacher Weise nicht hinnehmbar ist. Zum einen gilt ihnen und ihrer sozialen Basis, den Reichen, das staatliche Gewaltmonopol als unverbrüchlich, weil es den normalen Geschäftsgang der kapitalistischen Produktion sichert (wobei die Staatsauffassung der deutschen Konservativen traditionell das staatliche Gewaltmonopol als „General- und Blankovollmacht“ versteht und jedes noch so eng gefasste Widerstandsrecht ausschließt). Zum anderen ist von der Warte derjenigen aus, deren Geschäfte durch das staatliche Ge-

waltmonopol gesichert werden, der „Gewalttäter“ eine höchst problematische Person. Der aus den unterdrückten Klassen sowieso, aber der aus den besseren Gesellschaftskreisen, in denen Fischer seinen Platz beansprucht, auf andere Weise nicht weniger. Denn die Verbindung von Einfluss, Macht, Reichtum und Gewalttätigkeit gefährdet die bürgerlichen Verkehrsformen, begünstigt die Entwicklung mafiotischer Verhältnisse. Deshalb spielen Maß und Mitte und die innere Zügelung in den konservativen Wertvorstellungen eine große Rolle. Man kann es den Konservativen abnehmen: Sie akzeptieren Leute wie Fischer nicht, mögen sie sich drehen und wenden, wie sie wollen.

Die PDS hat in ihren Stellungnahmen zur Debatte und in der Kritik des konservativen Angriffs Wert auf die Feststellung gelegt, dass sie Gewalt ablehnt. Damit ist aber die Frage nicht beantwortet, warum auf Seiten oppositioneller Bewegungen Gewalt, die am besten mit dem Begriff „Militanz“ umschrieben ist, eine Rolle spielt – in der Jugendbewegung der 60er- und 70er-Jahre wie in den Widerstandsbewegungen der 80er-Jahre und den heutigen Auseinandersetzungen etwa um die Globalisierung, Stichwort Seattle, Prag, Davos/Zürich. Was sind die Ursachen, wenn eben nicht mehr oder weniger kriminelles Fehlverhalten Einzelner, die die große Mehrheit missbrauchen, um ein lange beliebtes Erklärungsmodell deutlich zurückzuweisen?

Die „Militanz“ oppositioneller Bewegungen symbolisiert den Bruch mit der Autorität, die die außerparlamentarische Opposition in einer inferioren Lage festzuhalten trachtet. Deshalb werden oppositionelle Bewegungen auf die symbolische Geste der „Militanz“ auch nicht verzichten, wie auch der Staat nicht darauf verzichtet, diese symbolische Geste zu unterdrücken und dadurch seine Autorität und sein Gewaltmonopol wiederherzustellen. Die Abrechnung der Bürgerlichen mit der Vergangenheit Fischers und Trittins und der ganzen sog. 68er-Bewegung hat diesen ständigen, stets aktuellen Konflikt im Auge. Eine nützliche Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen wäre die Entwicklung einer Kritik der staatlichen Autorität und des staatlichen Gewaltmonopols, die auf die Ächtung von Gewalt zielt.

„Vergangenheitsbewältigung“

„Ich bin aber nicht bereit ... zu konzedieren, dass diejenigen, die Steine geworfen haben, und diejenigen, die zu den RAF-Terroristen gehörten, einen Beitrag zur Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland geleistet haben ... Ich erwarten von

Ihnen viel mehr auch, dass Sie sagen: Ich hatte in der damaligen Zeit eine total verquere Sicht von der Bundesrepublik Deutschland ... Dies war nicht die richtige Sicht und ich habe deshalb Buße zu tun ...“ (Angela Merkel am 18.1. im Bundestag)

„Die erste deutsche Demokratie wurde von den Nazis vernichtet. Der Reichstag wurde von Goebbels als ‚Quasselbude‘ bezeichnet. Sie und Ihre Genossen sind mit der gleichen verwerflichen Gesinnung ans Werk gegangen.“ (Hans Peter Uhl, CSU, ebenda)

Die Kampagne der Bürgerlichen, inzwischen im Deutschlandfunk schon als „deutsche Vergangenheitsbewältigung, 3. Akt“ bezeichnet, spart den Konflikt, um den es Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre ging, entweder aus oder lügt ihn schlichtweg um in einen Konflikt zwischen freiheitlicher Demokratie (herrschende Ordnung) und terroristischem Totalitarismus (außerparlamentarische Oppositionsbewegung). Deshalb soll ganz kurz an die strategischen Auseinandersetzungen erinnert werden, die nicht nur in der BRD, sondern in weiten Teilen der Welt stattfanden und in denen zwei Fragen eine ganz zentrale Rolle spielten. Im Kampf um die Durchsetzung des Weltmarktes waren die westlichen Mächte dabei, keineswegs freiwillig, die koloniale Unterdrückung großer Territorium im Wesentlichen aufzugeben und stattdessen eine neue Konzeption zu entwickeln, die die ökonomische Durchdringung mit Gewaltherrschaft und militärischer Besatzung verband – hierfür steht der Vietnamkrieg. Wie tief die BRD in diesen Krieg tatsächlich verstrickt war, wird sich auf Grundlage der im Laufe des nächsten Jahrzehnts freizugebenden Akten im Detail beweisen lassen.

Das zweite Konfliktfeld, die Repression nach innen, d.h. die Durchsetzung der inneren Ordnung auch gegen Mehrheiten, spielte gerade auch in der BRD eine große Rolle. 1968 verabschiedete die Große Koalition gegen breiten außerparlamentarischen Widerstand die Notstandsgesetze, mit der für den Fall der Fälle gesetzliche Einschränkungen der Staatsgewalt aufgehoben wurden. Es reicht der Platz nicht, um all die Instrumente der Repression auch nur stichwortartig zu erwähnen, mit der die Staatsmacht gegen die erst im Kampf gegen die Notstandsgesetze Massencharakter annehmende außerparlamentarische Oppositionsbewegung vorging, lange bevor diese auch nur der erste Stein aufhob. (1)

Warum denn ausgerechnet gegen die damalige SPD-geführte Regierung und ihren Kanzler Brandt, der „Mehr Demokratie wagen“ auf seine Fahnen ge-

schrieben hatte, wird immer in die Debatte geworfen. Weil die SPD die Repression maßgeblich mit zu verantworten hatte und weil sie mit den Berufsverboten, aber auch den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften die Existenzbedingungen und Lebensplanung einer ganzen kritischen jungen Generation zerstörte. Gerade diese beiden Maßnahmen, die direkt einige Tausend bis Zehntausend, indirekt Hunderttausende betrafen, machen deutlich, dass das Ziel der Repression nicht war, Steinewerfen zu unterbinden, nicht war, bewaffnete Aktionen zu unterbinden, sondern sich darauf richtete, die durch die Jugendbewegung aufgenommene große Debatte zu unterdrücken und in enge Bahnen zu drücken, eine Debatte, in der es darum ging, wie sich diese Gesellschaft gut zwei Jahrzehnte nach dem Sieg der Antihitlerkoalition über den Faschismus organisieren und welchen Platz sie in der Welt einnehmen will.

Die Bürgerlichen interpretieren die APO und die aus ihnen hervorgegangenen K- und Spontigruppen in dieser Debatte als quasi Vorfeldorganisationen der RAF. Insbesondere in der Verfolgung der RAF ist jedoch der Staat mit seinem Gewaltmonopol aus den Schranken des Rechts gebrochen. Wenn also über den Mescalero-Nachruf gesprochen werden soll, dann muss über die massiven staatlichen Rechtsverletzungen gesprochen werden, darüber, dass auch der seinerzeitige Generalbundesanwalt sich in seinen Handlungen nicht mehr durch das Recht gebunden sah, denn in diesem Zusammenhang entstand der Mescalero-Nachruf und nur in dem Zusammenhang kann er verstanden werden. Das gilt genauso für die Frage der Militanz der 70er-Jahre: Die Bedingung, dass sie eine gewisse Breite gewann, war die Entfesselung der staatlichen Exekutive.

CDU/CSU/FDP aber verhandeln den ganzen großen Konflikt als Frage von Personen, die aus welchen Gründen auch immer Polizisten gejagt oder, wie's FDP-Gerhardt sinngemäß formuliert hatte, Gedanken gedacht haben, in deren Nähe Demokraten nicht einmal kommen dürfen.

Angriffsziele

„In Wahrheit ... ist der damalige APO-Fanatismus kaum ein von der Geschichte, gar dem ‚Weltgericht‘ beglaubigter, idealischer Kampf gewesen, sondern in seiner exzessiven Form ein Verrat an dem, was wir nach 1945 endlich und endgültig begriffen zu haben glaubten: nämlich: dass der parlamentarische Formalismus ... jene politische Zivilisation darstellt, die Deutschland endlich hätte lernen, verinnerlichen können und müssen.“ (Friedrich Merz in der Aktuellen Stunde am 18.1.)

Für die Stabilität der bürgerlichen Herrschaft ist wichtig, dass die gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen

keinen politischen Arm, keine Vertretung in den Institutionen des Parlamentarismus haben, schon gar nicht in der Regierung. In vielerlei Hinsicht, vor allem durch die Unterstützung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien, ist die Verbindung zwischen den Grünen in Parlament und Regierung und gesellschaftlichen Bewegungen gestört und geschwächt, aber sie ist nicht einfach ganz zerrissen. Es ist möglich, dass die konservative Kampagne kurzfristig darauf zielt, die Koalition unter Druck und vielleicht sogar zum Platzen zu bringen, das könnte mit erklären, warum die FDP so heftig eingestiegen ist. Längerfristig und strategisch scheint sie mir zum Ziel zu

haben, die immer noch bestehenden Verbindungen und damit den Einfluss gesellschaftlicher Widerstandsbewegungen auf die institutionalisierte Politik zu zerstören. Wird es gelingen, den unvermeidlichen Generationenwechsel innerhalb der Grünen mit der Kampagne aufzuheizen und den stattfindenden Generationenkonflikt in die Bahnen einer Distanzierung der Junggrünen von den außerparlamentarischen Wurzeln der Grünen zu lenken? scc

1 Die Entwicklung der Repression ab 1970 ist ausführlich dokumentiert in: Bundesrepublik Deutschland – Rote Armee Fraktion, GNN-Verlag

Der Imperialismus ist tot. Es lebe der Kampf gegen das Empire

*Einigen Thesen von Antonio Negri **

Antonio Negri und Michael Hard haben im letzten Jahr ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Empire“. In der neuesten Ausgabe der Monatszeitschrift „Le Monde Diplomatique“ (Januar 2001) fasst Negri in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Empire – Das höchste Stadium des Kapitalismus“ die Grundthesen des Buches zusammen.

Zwei Annahmen standen als These zu Beginn der Überlegungen zu dem Modell „Empire“:

„Die erste Überlegung besagt, dass es einen Weltmarkt (in dem Sinn, den man dem Begriff seit dem Fall der Berliner Mauer geben kann, also nicht bloß als makroökonomisches Modell, sondern als politische Kategorie) nicht ohne eine Form rechtlicher Regulierung geben kann. Diese Rechtsordnung wiederum kann nicht ohne eine Macht existieren, die ihre Durchsetzung garantiert.

Die zweite Überlegung besagt, dass die Rechtsordnung des globalisierten Markts (den wir ‚imperial‘ nennen) nicht nur eine neue höchste Form der Macht abbildet, die durch sie organisiert werden soll; in dieser Rechtsordnung schlagen sich auch neuartige Kräfte des Alltagslebens und des Widerstandes, der Produktion und des Klassenkampfes nieder.“

Wenn Negri diese Ordnung imperial nennt, warum bezieht er sich nicht auf die bisherigen „Imperialismustheorien“ und formuliert sie auf die veränderten Bedingungen um? Seine direkte Antwort: „In der aktuellen imperialen Phase gibt es keinen Imperialismus mehr.“ Der klassische Imperialismus war die Expansion des Nationalstaates gegen unterentwickelte Länder zum Zwecke kolonialistischer Ausbeutung. Er basierte auf der Souveränität dieses imperialistischen Nationalstaates über Politik, Ökonomie, Kultur und Militär. Und diese Souverä-

nität ist dem Nationalstaat abhanden gekommen und damit, so Negri, hat auch der Nationalstaat aufgehört zu existieren, und die Formen, die noch weiter bestehen, befinden sich lediglich in einem Übergangsstadium. Mit diesem Auflösungsprozess ist aber auch die Unterordnung der alten Kolonialländer unter die imperialistischen Staaten verschwunden oder nahe dabei dies zu tun. Alte imperialistische Staaten und alte kolonial ausgebeutete Staaten befinden sich nun gemeinsam im „Empire“ als der derzeit gültigen Form kapitalistischer Ökonomie.

Was kennzeichnet nun das „Empire“

„Der globalisierte Markt gewinnt seine politische Einheit durch die Attribute, die immer schon die Souveränität gekennzeichnet haben: durch militärische, monetäre, kommunikative, kulturelle und sprachliche Macht. Die militärische Macht rührt aus der unumschränkten Verfügungsgewalt über ein umfassendes Rüstungsarsenal, inklusive Nuklearwaffen. Die monetäre Macht beruht auf der Existenz einer hegemonialen Währung, der die Finanzwelt trotz ihrer Vielgestaltigkeit vollständig untergeordnet ist. Die Macht der Kommunikation zeigt sich im Triumph eines einzigen kulturellen Modells oder gar einer einzigen universellen Sprache. Dieses Machtdispositiv ist supranational, global und total: Wir nennen es ‚Empire‘ (Imperium) ... Warum der Begriff ‚Empire‘ (der auf die Neuartigkeit der Rechtsform abhebt, die er impliziert), für etwas, was man auch schlicht als US-Imperialismus nach dem Fall der Mauer bezeichnen könnte? Unsere Antwort auf diese Frage ist klar: Im Gegensatz zu dem, was die letzten Verfechter des Nationalismus behaupten, ist das Empire nicht etwa ein US-amerikanisches – wie übri-

gens die USA im Lauf ihrer Geschichte auch weniger imperialistisch waren als England, Frankreich, Russland oder Holland. Nein, das Empire ist schlicht kapitalistisch. Es ist die Ordnung des ‚Gesamtkapitals‘, also der Kraft, die den Bürgerkrieg des zwanzigsten Jahrhunderts gewonnen hat.“

Auf eine Dominanz des US-Kapital im Empire kann man sich auch deshalb nicht beziehen, weil noch ein weit größere Zahl von Kapitalisten darin bestimmend beteiligt sind. Neben dem europäischen Kapital, auch die russischen Kapitalisten, die Kapitalisten der arabischen asiatischen und afrikanischen Welt, die ihre Kinder zum Studium nach Harvard schicken und ihr Geld an der Wall Street machen. Sie alle gehören zu dieser weltweiten Aristokratie, die das Empire stützen.

Das was das Empire im Vergleich zu den bisherigen Nationalstaaten so effektiv macht, ist die totalitäre Durchdringung aller Gesellschaften dieser Welt. „In einem fortschreitenden Prozess der Durchdringung aller Regionen der Erde nutzt das Empire die weltweiten ökonomischen und finanzpolitischen Verhältnisse zur Durchsetzung des imperialen Rechts. Ja, schlimmer noch: Es intensiviert die Kontrolle über alle Aspekte des Lebens.“

Deshalb betonen wir die neue ‚biopolitische‘ Qualität der ‚imperialen‘ Macht, deren Herausbildung durch einen Einschnitt markiert ist: durch den Übergang von der fordistischen Organisation der Arbeit zur postfordistischen, von einer auf die Fabrik konzentrierten Produktionsweise zu weit umfassenderen Verwertungs- und Ausbeutungsformen. Dabei handelt es sich um gesellschaftliche, immaterielle Formen, die auch das Leben in seinen intellektuellen und affektiven Äußerungen betreffen, die Reproduktionszeiten, die Wanderungen der Armen über die Kontinente usw. Das Empire schafft eine biopolitische Ordnung, weil die Produktion biopolitisch geworden ist.

Anders ausgedrückt: Der Nationalstaat verfügt über die Dispositive der Disziplinargesellschaft, um Machtausübung und Konsensfindung zu organisieren und zugleich eine soziale und produktive Integration samt den entsprechenden Staatsbürgerschaftsmodellen zu etablieren. Das Empire hingegen entwickelt Kontrolldispositive, die sämtliche Aspekte des Lebens besetzen und diese nach dem Muster von Produktion und Staatsbürgerschaft ummodellieren, was auf eine totalitäre Manipulation aller Aktivitäten, der Umwelt, der sozialen und kulturellen Verhältnisse usw. hinausläuft.

So wie die räumliche Dezentralisierung der Produktion zur gesellschaftlichen Mobilität und Flexibilität beiträgt, so verstärkt sie auch die Pyramidenstruktur der Macht und die weltweite Kontrolle über die Aktivierung der betroffenen Gesellschaften. Der Prozess ist offenbar irreversibel geworden und

macht sich allenthalben geltend: in der Entwicklung von den Nationen zum Empire, in der Verlagerung der Wertschöpfung von der Fabrik in die Gesellschaft, in der Ablösung von Arbeit durch Kommunikation und schließlich auch im Übergang von disziplinarischen Herrschaftsformen zu Kontrollprozeduren.“

Warum entstand das Empire?

Hier schlug Negri bei Marx nach und kam zu folgendem Ergebnis: Ursache für die Herausbildung des Empire sind die Kämpfe der Arbeiterklasse, des Proletariats der Dritten Welt und der Emanzipationsbewegungen in den ehemaligen Ländern des Realsozialismus. Die Arbeiterkämpfe in den kapitalistischen Metropolen haben die technologische Revolution beschleunigt, die Kämpfe in der Dritte Welt haben über die Migrationsbewegungen die nationalen Schranken des Arbeitsmarktes eingerissen und der „Freiheitswunsch des neuen technischen

freierung von der kapitalistischen Produktionsweise näher kommen. Und sich zugleich von Leuten zu distanzieren, die Krokodilstränen über das Ende der korporativen Kompromisse vergießen, wie sie für den Sozialismus und die nationalen Gewerkschaftsstrategien bezeichnend waren. Das bedeutet zugleich eine Distanzierung von denen, die den wunderbaren alten Zeiten nachtrauern – also einem sozialen Reformismus, der durchtränkt ist von den Ressentiments und Neidgefühlen, die nur allzu häufig unter der Utopie schwelten. Machen wir uns nichts vor: Wir befinden uns inmitten des Weltmarkts. Doch wir bemühen uns noch immer, dem Traum Gestalt zu geben, eines Tages die ausgebeuteten Klassen im Schoß der kommunistischen Internationale zu vereinigen. Denn wir sehen neue Kräfte heranwachsen“.

Wie sehen die neuen Kräfte aus?

Hier bleibt die Erklärung ausgesprochen



Demonstration während des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre. Träger einer neuen Front im Kampf gegen das Empire? Bild: ND

und intellektuellen Proletariats in den realsozialistischen Ländern, hat die überholte sozialistische Disziplin ins Wanken gebracht und zugleich die stalinistische Verzerrung der Weltmarktbedingungen aufgehoben“. Das Empire läutet auch somit eine neue Phase im Kampf der Ausbeuteten und Unterdrückten ein. Dies nicht zu erkennen ist das Problem der traditionellen Organisationen (wie z.B. Gewerkschaften), die noch mit den traditionellen Methoden, die auf Basis des Nationalstaates operieren, gegen das globale Empire angehen. Dies muss nach Negri scheitern. Deshalb muss man sich auch von diesen Bewegungen distanzieren.

„In den Arbeiterbewegungen, der Klasse, dem Proletariat die Ursache für diese Veränderung im kapitalistischen Machtsystem zu sehen heißt, darauf zu bestehen, dass die Menschen ihrer Be-

blass. Einziger konkreter Hinweis, den Negri gibt, ist folgender: Die Ausarbeitung zu dem Buch, das er mit Michael Hardt verfasst hat, fanden statt vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst Frankreichs im Winter 1995. Diese „Pariser Commune unter dem Schnee engagierte sich nicht nur für die Verteidigung des öffentlichen Transportwesens, sondern sie bedeutete viel mehr einen subversiven Prozess der Selbsterkenntnis von Bürgerinnen und Bürger in den großen Städten. Diese Erfahrung liegt nun bereits einige Jahre zurück. Gleichwohl hat sich in allen Kämpfen, die seitdem gegen das Empire stattgefunden haben, etwas manifestiert, was sie vor allem anderen auszeichnet: das neue Bewusstsein, dass im Leben wie in der Produktion das gemeinschaftliche Wohl entscheidend ist, und zwar weit mehr als das ‚Private‘ oder das ‚Nationa-

le', um diese veralteten Begriffe zu verwenden. Gegen das Empire erhebt sich einzig und allein das ‚Gemeinschaftliche‘ ... Im Übrigen bleibt uns keine Alternative, denn wir werden in diesem Empire ausgebeutet und unterdrückt und nicht irgendwo sonst. Das Empire ist nun einmal die gegenwärtige Ordnung eines Kapitalismus, der nach einem Jahrhundert historisch beispielloser proletarischer Kämpfe eine neue Gestalt ausbildet. Unser Buch setzt also eine gewisse Sehnsucht nach dem Kommunismus voraus.“

hav

** Toni Negri, Autor, zusammen mit Michael Hardt, von „Empire“ (Harvard University Press, Cambridge 2000). Negri, der ehemalige Chef der linken Gruppe Arbeitermacht (Potere operaio), ist derzeit im römischen Gefängnis Rebibbia inhaftiert. Wegen „bewaffneter Aufstände gegen den Staat“ war er zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt worden und hatte wegen der „moralischen Verantwortung“ für die Zusammenstöße zwischen autonomen Militanten und der Polizei im Mailand der Jahre 1973 bis 1977 viereinhalb Jahre zusätzlich erhalten. Gegenwärtig ist er Freigänger. Bis zu seiner freiwilligen Rückkehr nach Italien 1997 lebte er 14 Jahre im Exil in Paris und war unter anderem Hochschullehrer an der Universität Paris VIII sowie am Collège International de Philosophie. Von Toni Negri liegen auf Deutsch unter anderem vor, zusammen mit Maurizio Lazzarato und Paolo Virno: „Umherschweifende Produzenten“, 1998; zusammen mit Michael Hardt: „Die Arbeit des Dionysos“, 1997, beide ID-Verlag, Berlin.*

Buchtipps zum Thema Geschichte der Arbeiterbewegung

Arbeiterbewegung 1933 bis 1939

Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung. 1933 bis 1939. (Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Bd. 12) Verlag J.H.W.Dietz Nachf. Bonn 1999, 1186 S.

Gestützt auf ein breites Quellenmaterial und eine umfangreiche Literaturschau, ließ der Autor einen historischen Abriss entstehen, der als Standardwerk zur Thematik betrachtet werden kann. Sein Anliegen, eine Gesamtdarstellung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Spannungsfeld von Integration, Anpassung und Widerstand vorzulegen, ist vorzüglich umgesetzt.

Wertvoll und zur Diskussion anregend ist bereits die Einleitung, in der methodologisches Vorgehen, Forschungsstand und Literaturkritik, Defizite und Kontroversen der Historiographie, Begriffsbestimmungen, Struktur und Aufbau der Arbeit dargelegt werden. Untersucht werden dann im folgenden vor allem die Politik des NS-Regimes gegenüber der Arbeiterschaft, deren Auswirkung auf die Lebenslage der Arbeiter sowie die politischen Aktionen der Arbeiterbewegung. Diese Komplexe reflektieren sich auch im Aufbau des Bandes.

Viel Raum, ein eigenes Kapitel, widmet

Schneider der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933, wobei er auf die Reichstagswahlen, die Betriebsrätewahlen, die Anfänge der illegalen Arbeit von KPD und Zwischengruppen, den Legalitätskurs der SPD, die Auflösung der Gewerkschaften, die Verlagerung der Vorstandsarbeit von KPD und SPD ins Ausland u.a. eingeht. Im zweiten Kapitel befasst er sich vor allem mit der NS-Politik gegenüber der Arbeiterschaft. Werben um die Arbeiter, die Rolle der Deutschen Arbeitsfront, nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Volksgemeinschafts-Mythos und Unterdrückungssystem sind einige der Themen. Kapitel 111 behandelt das Alltagsleben der Arbeiter, „Betrieb, Haushalt, Freizeit“. Erörtert werden z. B. Betriebsgemeinschaft, Ernährung, Wohnen und Freizeitverhalten der Arbeiter, Stimmungen und Einstellungen der Arbeiterschaft, Veränderungen in sozio-kulturellen Arbeitermilieus, eingegangen wird auch auf die umstrittene Bewertung der „Modernisierungsleistungen“ der NS-Politik. Im letzten, vierten Kapitel – ihm folgt dann noch eine verallgemeinernde Zusammenfassung – untersucht S. unter der Überschrift „Ohnmächtiger Widerstand“ das Agieren der Arbeiterbewegung in der Illegalität und im Exil, ihre Konzepte und Strukturen in der Illegalität, organisatorische Neuformierung wie strategische Neuorientierungen, Zäsuren im Widerstand, Einheits- und Volksfront.

Das Jahr 1933 wertet S. als den wohl tiefsten Bruch in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Arbeiterbewegung in den Untergrund und ins Exil getrieben, wurde sie letztlich als politischer Faktor neutralisiert und ausgeschaltet, wurden ihre Parteien verboten, die Gewerkschaften aufgelöst und viele Organisationen „gleichgeschaltet“. Das führt natürlich zur alten Frage: Worauf gründete sich der Erfolg der NSDAP, wie hätte ihr Machtantritt verhindert werden können.

M. E. war eine Einheitsfront der Arbeiterparteien zumindest die Voraussetzung, einen Regierungsantritt der NSDAP zu verhindern. Ob dies allein aber ausreichend gewesen wäre, darüber ist nur zu spekulieren. Wahrscheinlich hat Schneider in der Hinsicht Recht, wenn er meint, dass die Flügel der Arbeiterbewegung „zu tief zerstritten (waren)“, als dass auch nur eine großangelegte gemeinsame Aktion im Bereich des Möglichen gewesen wäre“. (34) Deutlich macht er zugleich die Illusionen, die beide Arbeiterparteien zunächst über eine kurze Dauer des NS-Herrschaft hegten. 1933 bedeutet für ihn das Ende der „alten“ Arbeiterbewegung als Massenbewegung, die NS-Strategie wird als eine Kombination von Gewalt, Terror und Rücksichtslosigkeit mit der Aufrechterhaltung des Scheins der rechtsstaatlichen Kontinuität charakterisiert (kon-

zentriert 118). Die kontrovers diskutierte Frage, wie weit es dem NS-Regime gelang, unter den Arbeitern und der Arbeiterschaft Zustimmung zu finden, sie für sich zu gewinnen und zu integrieren, durchzieht den gesamten Band. Überzeugend belegt der Autor, dass die Bandbreite der Haltungen von begeisterter Zustimmung, Passivität, über partielle Verweigerung bis zur Opposition oder gar zum Widerstand reichte. Der Alltag unter dem Hakenkreuz war vielfältig, differenziert – mit Pauschalisierungen kann er nicht erfasst werden. Staatlichen Terror bestimmt er als eine der „wesentlichen Systembedingungen nationalsozialistischer Herrschaft, ohne deren Berücksichtigung Arbeiterleben und -politik kaum angemessen beurteilt werden können“. An Zahlen werden angeführt, dass zwischen 1933 und 1939 etwa eine Million Menschen aus politischen Motiven in Gefängnisse, Zuchthäuser und Lager gesperrt wurden, mehrere Tausend ermordet wurden (1069). Gewalt und Terror zur Ausschaltung der Arbeiterbewegung nahmen einen zentralen Raum in der NS-Politik ein, aber auch Propaganda und Arbeitsbeschaffungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik bildeten ein wichtiges Element der NS-Strategie zur Beeinflussung der Arbeiterschaft. Dennoch gelang es den NS-Machthabern nicht, wie S. resümiert, mit ihrer propagierten „Volksgemeinschafts-Ideologie“ die sozialen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten zu überwinden, die klassenspezifischen Schranken aufzuheben und eine „schichtenübergreifende Massengesellschaft“ zu formen. (u.a. 781)

Ein besonderes Kapitel widmet S. der Entwicklung, Politik und Aktionsfähigkeit des antifaschistischen Widerstands. Er verweist auf Schwächen und Versäumnisse wie auch auf Grenzen des Widerstands und dessen Konzepte. Faktenreich und detailliert werden die Breite des Widerstands aus der Arbeiterbewegung, dessen verschiedene Zweige, Richtungen und Formen analysiert. Dabei gilt die Untersuchung nicht nur dem kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstand, sondern auch Zwischengruppen wie Neu Beginnen, SAP, KPDO, ISK, denen ein „überproportional hoher Anteil am Widerstand“ bescheinigt wird. Dass die Kommunisten nicht nur das erste Angriffsziel der NS-Machthaber waren, sondern auch die größte Zahl von Opfern hatten, wird von S. erneut belegt. Er bekräftigt, dass keine andere soziale Kraft einen so hohen Anteil sowohl an spontanem Widerstand als auch an organisierter Opposition hervorbrachte wie die Arbeiterschaft. Sicher ist ihm zuzustimmen, dass Dissens, Opposition oder Widerstand aus der Arbeiterbewegung zu keinem Zeitpunkt die Stabilität des NS-Regimes ernsthaft gefährden konnten, was den moralischen Wert des Widerstands nicht mindert.

S. Gesamtresümee hinsichtlich Arbeiter-

terschaft und -bewegung ist schlüssig: „Die Stellung der Arbeiterschaft war weder eindeutig von Konsens, von Zustimmung oder Einvernehmen, noch klar von Dissens, von Ablehnung und Vorbehalten geprägt. Auch eine pauschale Apostrophierung als ‚resistent‘ gegen Verlockungen und/oder Zwang der nationalsozialistischen Politik wird der Realität mit ihren ‚Grautönen‘, also Gemengelagen von Zustimmung und Ablehnung keineswegs gerecht“.

Hingegen „schufen bzw. bewahrten die sozial-moralischen Arbeitermilieus auch unter dem Druck der nationalsozialistischen Politik Bedingungen, unter denen der Entschluss zur Aufrechterhaltung – verbotener – persönlicher Kontakte sowie zum Engagement im aktiven politischen Widerstand gefördert wurde.“ (1082, 1084)

Insgesamt ein beachtenswertes Buch, über dessen Einschätzungen sich durchaus – wenn man dem Autoren nicht in jedem Falle zu folgen vermag – konstruktiv debattieren lässt. Hervorzuheben sind die Sachlichkeit und pauschale Urteile vermeidende, differenzierte Wertung der Darstellung. Nicht unerwähnt bleiben soll die gute Übersichtlichkeit des Buches: Eine klare Gliederung, Zusammenfassungen, ausführliche Verzeichnisse von Archivalien und Publikationen, Personen-, Orts- und Sachverzeichnis ermöglichen eine schnelle Orientierung. *Herbert Mayer, aus: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/2000*

Kommunismusforschung „von unten“

Mallmann, Klaus Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt, 1996: Ein wichtiges Buch über die Sozialgeschichte der KPD

Unzufrieden war der Autor mit dem gegenwärtigen Zustand der Kommunismusforschung. Obwohl die Bibliotheken unter der riesigen Last von Forschungen über den Gegenstand ächzen, sei den wirklichen Fragen noch nicht mal nahegekommen. Als da z.B. wäre: „... wieso ein beträchtlicher Teil jener Arbeiterbewegung, die im 19. Jahrhundert mit der Losung der Demokratie gegen den Obrigkeitsstaat angetreten waren, aus der eigenen Tradition ausscherte, Marx' Warnung vor der ‚asiatischen Despotie‘ in den Wind schlug und sich letztlich zum Instrument einer staatlich systematisierten Repression verwandelte, ist längst nicht hinreichend beantwortet ...“ Ja, woran lag es, dass die Forschung diese Frage nicht klären konnte? Hatte sie das falsche Rüstzeug, oder wollte sie gar nicht? Dominiert wurde die Kommunismusforschung, selbstverständlich durch den Osten wie durch den Westen. Die Kommunismusforscher in beiden Lagern saßen

jedoch falschen Sichtweisen auf. In der DDR herrschte nach Mallmann die Kunst der Glorifizierung vor. Die Geschichte der kommunistischen Bewegung gipfelte in der siegreichen Tätigkeit der SED. Alles, was in dieses Bild nicht passte, existierte nicht. Aber auch die Forschung in der BRD hatte ihr Brett vor dem Kopf. Mallmann benennt es: Es war das vor allem von Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber entwickelte „Stalinisierungs-Modell“. Dieses besagt, das im Grunde die Geschichte der KPD, so ab 1924, im Wesentlichen durch Moskau ferngesteuert wurde.

Beide Ansätze lehnt Mallmann nun ab. Diese hätten nämlich ein ganz wesentliches Element aus den Forschungen ausgeblendet: „... dass Kommunismus immer auch eine soziale Massenbewegung, eine Bewegung von ‚gewöhnlichen Leuten‘ gewesen war, geriet kaum irgendwo in den Blick ... Die Deutung des Kommunismus als monolithisches, eindimensional definiertes System und der Kurzschluss vom erteilten Imperativ auf die prompte Durchführung verkennen, das die Mitglieder primär Subjekte waren, die die Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalteten, die Weisungen ‚von oben‘ ignorierten, falls sie sie für falsch hielten, die notfalls – wie zu zeigen sein wird – mit den Füßen gegen die Linie der Zentrale abstimmten.“ Zu zeigen ist also nach Mallmann eine „Geschichte von unten“. Es geht nicht primär um eine Geschichte der Partei, sondern um eine Geschichte des Menschen, die sich in ihr engagierten.

Wie ist da nun vorzugehen? Man rät schon, dass es nicht einfach für den Autor war, sich hier auf Spurensuche zu machen. Zunächst brauchte er ein theoretisches Modell, das anders als die zu Anfang erwähnten falschen zu einer genaueren Aufklärung führen kann. Er fand dieses Modell. Es ist das Konzept des „sozialmoralischen Milieus“, des Soziologen Rainer M. Lepsius. Mallmann beschreibt dieses Milieumodell wie folgt: „Es ist eine soziale Einheit, in der wirtschaftliche Interessen, kulturelle Orientierungen und politische Ansprüche in ein labiles Gleichgewicht eingebunden sind, eine Kategorie nichtmarktförmiger Sozialbeziehungen zur spezifischen Homogenisierung von Heterogenitäten, die durch aus im Spannungsverhältnis zu anderen Vergesellschaftungsprozessen zu sehen ist. Es entsteht auf lokaler Ebene in einem Vorgang wechselseitiger Verstärkung von gemeinsamen Einstellungen und Überzeugungen auf Grund von Bevorzugung von Sozialkontakten mit solchen Personen, die ähnliche Erfahrungen und Interessen besitzen, geht mit traditionsbildenden Formen einer ‚örtlichen Gesinnungspflege‘ einher und mündet in einem weder durch Verwandtschaft noch durch formellen Beitritt begründeten Wir-Gefühl, in einem kollektiven Gesinnungszusammenhang, der überindividuell vermittelt und institutionell ge-

stützt wird.“

Dieses Modell, angewendet auf die Kommunisten in der Weimarer Republik, bringt Mallmann nun zu einem nicht unerheblichen Untersuchungsergebnis. Anders als es das Studium der Parteitagsdokumente der KPD und der Leitartikel des Zentralorgans, die eine Spaltung der Arbeiterbewegung ständig herbei reden, suggerieren, war an der „Basis“ der KPD-Parteiarbeiter innerhalb des ähnlichen sozialen Milieus verwurzelt und politisch tätig wie der SPD-Parteiarbeiter. Sie waren beide in der gleichen lokalen Konsumgenossenschaft, im gleichen kommunalen Parlament, in der gleichen lokalen Struktur der Gewerkschaften verwurzelt. In all diesen Gremien waren sie derselben Wählerbasis verpflichtet und mussten deren Bedürfnis berücksichtigen, wollten sie gewählt werden. In der praktischen Parteiarbeit vor Ort, so Mallmann, blieben sie, bei Strafe der Isolierung oder gar des Untergangs einer pragmatischen Politik verhaftet. „Sie blieben darin – zugespitzt formuliert – Sozialdemokraten wider Willen, obwohl sie Noske und Zörgiebel verabscheuten.“ Und gerade in diesem Spannungsverhältnis, revolutionäre Politik treiben zu wollen in nichtrevolutionären Zeiten, sind die dauernden Linienkämpfe in der Partei zu deuten. Ständig streitet das ZK gegen Reformismus und Opportunismus in den eigenen Reihen und schlägt als scheinbar kurierendes Mittel immer nach links aus. Natürlich blieb dies keine Einbahnstraße. Auch von unten wurde nicht nur über den Aufstand geredet, sondern auch versucht ihn zu praktizieren. Auch war nicht überall und zu aller Zeit das Verhältnis an der Basis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Menschen gleich harmonisch. Aber im Großen und Ganzen zitiert Mallmann doch gern als symbolträchtiges Beispiel für die Milieukonstanz, die 1929 fertiggestellte Halle der Arbeitervereine in Steinheim am Neckar: „In der Schankstube hing an der Stirnseite ein Bild von Ebert, ihm gegenüber das von Lenin. Und bei diesem Neben- und Gegeneinander, dieser ebenso sinnbildlichen wie seltsamen Symbiose, blieb es bis 1933.“

Das Buch ist sicherlich wichtig. Hat aber auch seine Schwächen, die der Autor selbst benennt. Zunächst gebe es in der Lepsiuschen Milieutheorie einige Unwägbarkeiten, die die Anwendung erschweren. Im Buch tauchen einige Beispiele auf. Zum anderen hat er nur einen kleinen Teil lokaler Parteiarbeit ausgewertet, nämlich aus dem Saarland, weil hier die Materialfülle einigermaßen brauchbar war. Mallmann sieht sich aber auch nur als Wegbahner, dem weitere Untersuchungen folgen sollen. Vor allem scheint mir das Buch für eine Neubetrachtung der Möglichkeiten der sogenannten Einheitsfrontpolitik in der Weimarer Republik für sehr hilfreich, aktuelle Debatten über das Thema mit eingeschlossen. *Hardy Vollmer*

2.-3. Februar, Kassel: *Bürgerkommune und aktivierender Staat*, Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Die Grünen, Kassel-Wilhelmshöhe, Anthroposophisches Zentrum

3. Februar, Fulda: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* - Sitzung des Arbeitsausschusses, Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte

9.-11. Februar, Hamburg: Internationale Tagung anlässlich des Abschieds von Frigga Haug von der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg (HWP): *Strategien neoliberaler Hegemonie - Kritische Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte*. Mit Workshops zu den Themen: Mikroelektronische Produktionsweise und Arbeitspolitik/ Alltagsforschung/ Frauenpolitik/ Bildungspolitik/ Kritische Psychologie/ Umbrüche der Lebensweisen in Neoliberalismus/ Marxismus-Feminismus. Ort: Hamburg, HWP, Von-Melle-Park

22. Februar, München: *Hauptversammlung der Siemens AG*, Olympiahalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Atomenergie und für Zwangsarbeiter-Entschädigung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

24. Februar, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Kapitel 13, 14 und 15: Staat, Staatshaushalt, Fiskalpolitik, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

2.-4. März, Bochum: *Ratschlag des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)*, Thema: Öffentlichkeitsarbeit/Aussendarstellung. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520, E-Mail: bukohh@t-online.de, Internet: <http://www.epo.de/buko/index.htm>

2. März, Duisburg: *Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG*, Mercatorhalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Arbeitsplatzvernichtung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

16.-18. März, Berlin: *Gewerkschaftstag der ÖTV*

18.-21. März, Berlin: *Gründungskongress ver.di*

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

24. März, Kassel: *Mitgliederversammlung des BdWi*, Uni/Gesamthochschule Kassel. Kontakt: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Postfach 543, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel.: 06421/21395, Fax: 06421/24654, E-Mail: bdwi@bdwi.org, Internet: www.bdwi.org

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

7./8. April, Fulda: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte

11. April, Berlin: *Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG* [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: www.kritischeaktionaeere.de

14. bis 16. April, bundesweit: *Ostermarsch* - Demonstrationen und andere Aktionen

26. April, Ludwigshafen: *Hauptversammlung der BASF AG*, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverschmutzung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

27. April, Köln: *Hauptversammlung der Bayer AG*, Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverschmutzung, etc., Kontakt: Koordination gegen Bayer Gefahren, Tel.: 0211/333911, e-mail: cbgnetwork@aol.com. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com, Internet: www.kritischeaktionaeere.de

4.-6. Mai, Düsseldorf: *Bundesparteitag der FDP*

5.-9. Mai, Lübeck: *24.o. Gewerkschaftstag der GEW*

19. Mai, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.- 27. Mai, Erlangen: *IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“*, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad - Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo - NATO-Einsatz strahler Munition“, „Handlager für das Militär - Verträge von Kliniken und Bundeswehr“, ...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, E-Mail: ipppnw@ipppnw.de. Internet: <http://www.ipppnw.de>

29./30. Mai, Leipzig: ver.di-Konferenz zum Thema: „Geschlechterdemokratie ist das Ziel - Gender Mainstreaming das Instrument“

13./14. Juni, Frankfurt: *Evangelischer Kirchentag*

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

2. bis 5. August: *Linke Sommerschule in Sondershausen*

9. September: *Kommunalwahlen in Niedersachsen*

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: *Bürgerschaftswahlen in Hamburg*